



Die sachliche Haltung glückte allen Brandlerianern, bis auf einen Kollegen aus Süddeutschland, der im Eifer des Gefechts sich in den „echten Kommunisten“ verhedderte und dann noch der Meinung war, dem Verbandstag „recht's hingelangt“ zu haben.

Der Berliner Verbandstag ist durch zwei Erscheinungen ausgezeichnet, einmal durch das Zurückkehren auf den Boden sachlicher Verbandstagsarbeit durch Ausschaltung der Parteifractionen und zum anderen durch das Aufgeben einer durch die politische Entwicklung überholten parteipolitischen Gewerkschaftsneutralität. Der Berliner Verbandstag hat sich offen und ohne Umschweife die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zur politischen Wortführerin erkoren und — der bevorstehenden Wahl wegen — seine Mitglieder massen aufgefordert, mit voller Ueberzeugung für die Sozialdemokratie einzutreten. Mit diesem Beschluß glaubte der Verbandstag der gesamten deutschen Arbeiterbewegung den besten Dienst zu erweisen. Und dieser Beschluß ist richtig, er wird sich zum Besten der arbeitenden Klasse auswirken. Durch diese Beschlüsse wird der Berliner Verbandstag ein Markstein in der Geschichte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sein. Und nun vorwärts zu neuer Verbandsarbeit, vorwärts zu weiteren Erfolgen!

### Aussprache über den Vorstandsbericht

Kraus-Stuttgart bemerkt gegenüber dem Kollegen Schulenburg, daß der Prozentsatz der Wahlbeteiligung auch in andern Zahlstellen nicht viel höher gewesen sei als in Stuttgart. Die Stellung dieses Verbandstages zur kommenden Reichstagswahl erweckt die Illusion, als ob die Arbeiterklasse mit dem Parlamentarismus gerettet werden könne. Auf Grund der Entwicklung müssen wir vielmehr den außerparlamentarischen Kampf führen. Dazu brauchen wir alle Arbeiter, auch die, die heute von der wahnsinnigen Politik der Roten Gewerkschaftsopposition irregeleitet sind. (Brandes: Trotzdem fordert Ihr zur Unterstützung der Kommunistischen Partei auf!) Wir wählen nicht die Personen der Kommunistischen Partei, sondern wir bringen unsern Willen im Gegensatz zum Reformismus dadurch zum Ausdruck, daß wir eben kommunistisch wählen. (Heiterkeit.) Man opfert die Interessen der Arbeiterklasse einer politischen Partei, die sich mit Haut und Haaren der bürgerlichen Demokratie verschrieben hat. Besonders zum Kampf gegen den Faschismus mit außerparlamentarischen Mitteln müssen sich die Arbeiterorganisationen, ganz gleich welcher politischen Auffassung, zusammenschließen.

Marunde: Das Problem der Arbeitszeit kann nur durch erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit gelöst werden. Dabei wird auch der notwendige Lohnausgleich bei den Tarifverhandlungen herbeigeführt werden müssen. Unsere Beteiligung an den Lindlar-Fahrradwerken wird in absehbarer Zeit vielleicht möglich machen, den Wechsel der Belegschaft, der durch die Saisonarbeit hervorgerufen wird, zu beseitigen. Sehr schmerzlich hat mich berührt, daß es bei dem Neubau unseres Verbandshauses nicht möglich war, daß sich die beiden hier am Ort befindlichen Banubüros zusammen finden konnten. Es muß die Aufgabe der hauptbeteiligten Organisationen sein, nach dieser Richtung nach dem Rechten zu sehen. Wenn wir eigene Unternehmungen der Arbeiter geschaffen haben, so muß auch jeder organisierte Kollege verpflichtet sein, sie mit allen Kräften zu unterstützen.

Roosch-Berlin befürwortet verschiedene Anträge. Ein Antrag wünscht Aenderung des § 65 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in dem Sinne, daß alle Unternehmer verpflichtet sind, offene Plätze bei dem zuständigen Arbeitsamt anzumelden und die Einstellung von Arbeitnehmern nur durch Vermittlung des Arbeitsnachweises erfolgen darf. Ferner beantragen wir, daß Verhandlungen über Betriebsstilllegungen nur unter Hinzuziehung von Vertretern der Landesarbeitsämter geführt werden dürfen. Die Gewerbetreibenden lassen sich dabei in erster Linie von den Betriebsnotwendigkeiten leiten, während anzunehmen ist, daß Vertreter der Landesarbeitsämter bei solchen Stilllegungsanträgen mehr die allgemeine Situation berücksichtigen.

Lehmann-Leipzig tritt dafür ein, daß die Organisation mehr für die Lehrlinge tut. Notwendig ist vor allem, daß das Arbeitsschutzgesetz durchgedrückt wird, um den Lehrlingen die so notwendigen Ferien zu verschaffen. Noch gibt es sehr viele Lehrlinge, die gar keine Ferien bekommen. Erfreulich ist, daß die Jugendgruppen von 152 auf 169 gestiegen sind. Es müssen aber mehr Jugendtreffen durchgeführt werden. Nutzos ist es, an die Jugend mit Schlagworten heranzugehen, man kann für die Jugendlichen nur arbeiten, wenn man ernsthaft gewillt ist, ihre Forderungen durchzuführen. Die Jugendarbeit muß zentral aufgezogen werden.

Fischer-Chemnitz. Wir reden und schreiben so viel von Verfassung, Demokratie, Schlichtung und was sonst noch, aber unsere Gegner handeln und pfeifen auf Gesetz und Recht und setzen sich mit Hilfe der Diktatur durch. Demgegenüber müssen wir endlich zu aktiven Abwehrmaßnahmen schreiten. Wir haben uns in diesen Tagen bewußt machen lassen als die größte und stärkste Organisation der Welt und als den Vorhut der gesamten internationalen Arbeiterklasse. Wenn dem so ist, wollen wir auch mal zu einem Vorstoß kommen, der sich etwas abhebt von dem Bisherigen, zu Massenkämpfen, die sich nicht nur auf Versammlungen beschränken dürfen. Es muß der Kampf um die Herabsetzung der Arbeitszeit begonnen werden. Die bestorganisierten Betriebe haben damit zu beginnen, ganz gleich, ob Schiedssprüche bestehen oder nicht. Die Unternehmer gehen rücksichtslos ihren Weg. Das sollten wir auch tun! Wenn es uns gelingt, die Arbeitszeit so herabzusetzen, daß Hunderte von Proletariats dadurch wieder in die Betriebe kommen — und wenn zehntausende Gewerkschaftsfunktionäre diesen Gedanken predigen, so müßte es doch möglich sein, zur Durchführung dieser Forderung etwas zu erreichen — und dann wird der Glaube an die Arbeiterbewegung bei den Massen wachsen und die paar kommunistischen Splitter werden beseitigt werden. (Beifall.)

Willmann-Osnabrück. Die Mitteilung des Genossen Schäfer, daß trotz der Riesenarbeitslosigkeit und trotz der gewaltigen wirtschaftlichen Depression unsere Hauptkategorie immer noch in der Lage ist, ihren Verpflichtungen nachzukommen, ist für uns von großer Wichtigkeit. Der Arbeitslosigkeit sollten wir versuchen möglichst schnell entgegenzutreten, sonst besteht die Gefahr, daß die Kollegen gleichgültig werden. Auch bei den Bestrebungen um die Arbeitszeitverkürzung muß das Tempo etwas beschleunigt werden, vielleicht durch einen Volksentscheid oder durch die Fortsetzung der Macht der gesamten Arbeiterschaft, die innerhalb der ADGB vertritt, ist, mit Hilfe der SPD. Dabei darf auch die Frage des Lohnausgleichs nicht vergessen werden. Bei einer Volksabstimmung sollten auch noch andere Fragen in den Vordergrund gerückt werden, wie die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invalidenversicherung auf 60 Jahre und

die Erhöhung der Renten. Auch den Doppelverdienern in guter Position muß um der Arbeitslosen willen zu Leibe gegangen werden.

Weigt-Dresden trägt Wünsche der Huf- und Wagenschmiede, Fabrik- und Kesselschmiede vor und begründet einen Antrag von Nürnberg, der vom Vorstand verlangt, die baldige Vorlage des Gesetzes zur Aenderung im Hufbeschlagwesen und zur Prüfung der Beschlagordnung zu fordern.

Kempkens-Hamburg. Kollege Brandes hat betont, daß der Staat das Recht haben müsse, in Wirtschaftskämpfe einzugreifen. Wir sind aber der Ansicht, daß heute, wo kapitalistische Machtgruppen entscheidenden Einfluß auf die Reichsregierung haben, die Voraussetzungen für die Karlsruher Beschlüsse nicht mehr gegeben sind. Man kann heute mit Recht von einem Schlichtungswesen reden. Die Organisationen täten gut daran, sich nicht so sehr auf die Schlichtungsschüsse zu verlassen. Wir werden am besten weiterkommen, wenn wir die Arbeiter daran gewöhnen, im Notfall auch zum Streik zu greifen. Die Zeit, wo durch die Schlichtungsschüsse Gutes geschaffen worden ist, liegt weit zurück. Es war die Zeit, wo ein Reichsarbeitsminister mit sozialer Einstellung auf die Schlichtungsinstanzen befruchtend wirken konnte. Aber seit dem Nordwestkampf von 1928 machen sich unverkennbar entgegengesetzte Tendenzen im Reichskabinett geltend.

Kuhnert-Breslau vertritt die Ansicht, daß das Arbeitslosenproblem auf parlamentarischem Wege nicht gelöst werden könne. Es kann nur außerparlamentarisch gelöst werden, und zwar wenn eine einige Arbeiterklasse vorhanden ist. — Bei Wiederaufnahme Angeschlossener sollte man nachsichtiger verfahren. Das wird zu unserm Nutzen sein, denn die



Das Präsidium des Verbandstages

Kollegen, die einmal gefehlt, aber ihren Fehler eingesehen, werden die besten Förderer unserer Bewegung sein. (Beifall.)

Löwi-Bochum erkennt an, daß der Vorstand bei der Nordwestbewegung eine eindeutige und einsichtige Haltung gezeigt hat. Er wirft die Frage auf, ob der Verband sich mit den Christlichen noch gemeinsam an den Verhandlungstisch setzen könne, nachdem sie bei der Bewegung offen ihre Mitglieder zum Streikbruch angefordert hätten. Die Kommunisten haben natürlich auch bei diesem Kampf unsern Vorstand und die Funktionäre im Bezirk als Arbeitverräter, Streikabwürger usw. beschimpft, dabei waren sie die wahren Streikbrecher! Redner führt einzelne Beispiele dafür an.

Frieda Gladosch-Berlin wendet sich gegen den Antrag, der ein Verbot des Doppelverdienens von Mann und Frau wünscht. Das Auftreten gegen die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau atme mittelalterlichen Geist. Notwendig ist ein verstärkter Schutz der Fabrikarbeiterinnen gegen Ueberarbeit und die Einstellung weiblicher Gewerbetätiger. Mit schweren körperlichen Arbeiten, die eine dauernde Gesundheitsschädigung der Frau zur Folge haben können, dürfen Arbeiterinnen überhaupt nicht beschäftigt werden.

Weh-Karlsruhe erkennt die Arbeit des Verbandes für die Jugendlichen an. Die Metallarbeiterjugend muß mit Bildern usw. besser angebahnt werden. Um die Kosten dafür aufzubringen, können sie ja nur alle vierzehn Tage erscheinen. Das Lichtbildwesen des Verbandes ist noch sehr verbesserungsbedürftig, und es dürfte nicht so kostspielig sein, geeignetes Material zu beschaffen. Die Jugendlichen müssen als gleichwertige Kollegen behandelt werden. Wir wollen den jugendlichen Kollegen nicht verwehren, daß sie in Sportverbänden sind, aber wir müssen verlangen, daß sie auch in den gewerkschaftlichen Jugendversammlungen erscheinen. Zweckmäßig wäre die Einberufung einer Reichsjugendleiterkonferenz. (Beifall.)

Weinmann-Stuttgart tritt für eine Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kollegen ein. Es gibt unter ihnen wirklich tüchtige Funktionäre, die Jahrzehnte lang in der Gewerkschaft tätig waren.

Lübbe-Berlin. Der Kollege Hausen vertrat den Standpunkt, nicht die kapitalistische, sondern die sozialistische Wirtschaft müsse angekurbt werden. Die Kurbel dazu hat er jedenfalls zu Hause gelassen. Durch die Rationalisierung ist vor allem eine starke Verschiebung der Berufsgruppen innerhalb der Belegschaft eingetreten. In einem Großkonzern sind die Schlosser- und Dreherberufe um ungefähr 20 vH gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen, während die Einrichter um 100 vH und die Werkzeugmacher um 50 vH zugenommen haben. Das Schlichtungswesen wird immer das sein, was wir daraus machen. Es ist dem Vorstandstag der Vorwurf gemacht worden, daß er wie ein sozialdemokratischer Parteitag aussehe. Gewiß, die Unternehmer vertreten uns gegenüber ja immer den Standpunkt, daß die Politik nicht in die Wirtschaft gehöre. Aber bei der engen Verknüpfung der Wirtschaft mit der Politik müssen wir uns im Reichsparlament nach einer Partei umsehen, die bereit ist, jederzeit die Sache der Arbeiterschaft zu vertreten. Die Kommunisten streben lediglich nach einer Machtposition, ohne verantwortungsbewußt die Lage der Arbeiterschaft verbessern zu wollen. Die unwürdige kommunistische Wirklichkeit in den Betrieben treibt viele Kollegen dem Faschismus in die Arme.

Sesame Pflugbeil tritt für Einberufung von Reichskonferenzen der Arbeiterinnen mit vorhergehenden Bezirkskonferenzen ein. Ferner befürwortet sie die Schaffung einer zentralen Frauenabteilung in dem neuen Verbandshaus und die Abhaltung von Arbeiterinnenkursen in der Wirtschaftsschule Dürrenberg.

Hellwig-Berlin vertritt die Forderung, daß durch Gesetz alle in den Lehrverträgen noch enthaltenen Bestimmungen über die Einschränkung der Koalitionsfreiheit entfernt werden. Wir wollen, daß den Lehrlingen dieselbe Freiheit gewährt wird wie den älteren Arbeitern. Aber es wird nicht immer angebracht sein, Lehrlinge mit in den Arbeits-

kampf hineinzuziehen; der Lehrling steht in erster Linie im Betrieb, um einen Beruf zu erlernen.

Ufert-Liegnitz betont die Notwendigkeit einer wesentlichen Aenderung der Stilllegungsverordnung. Jeder Unternehmer, der die Stilllegung beantragt, sollte verpflichtet werden, binnen fünf Tagen die Bücher offen zu legen oder die Gewerbeaufsicht muß das Recht erhalten, einen vereidigten Bücherrevisor mit der Prüfung der Richtigkeit der Angaben der Betriebsleitung zu beauftragen. Die Jugendbewegung sollte der Vorstand mehr geldlich unterstützen. An den mittleren und kleineren Orten muß sie mehr zusammengefaßt werden, damit nicht zu viel nebeneinander gearbeitet wird. Notwendig ist die Voraussetzungen zu schaffen, damit wir zu gegebener Zeit unsere Macht in die Tat umsetzen können. Dazu müssen unsere Betriebsräte in Richtung auf das große Ziel der sozialistischen Wirtschaftsordnung besser ausgebildet werden.

Schliestedt (Vorstand) warnt die Ortsverwaltungen, bei Zuwendungen an einzelne Jugendliche nicht zu großzügig zu verfahren. Es darf dabei der erzieherische Gesichtspunkt nicht aus dem Auge verloren werden. Schließlich ist der Vorstand nur groß und stark geworden durch die Opferwilligkeit seiner Mitglieder. Die technische Ausgestaltung der Jugendzeitung wird sich in unserer neuen Druckerei erheblich verbessern lassen. Wir freuen uns über die Tatkraft, mit der sich unsere Kollegen für die Jugendbewegung einsetzen. Die Arbeit, die in den Ortsverwaltungen für die Jugend geleistet worden ist, kann sich sicherlich sehen lassen.

Schulenburg-Karlsruhe: Der Kollege Kummer hat in der Metallarbeiter-Zeitung den Severingschen Schiedsspruch als Niederlage der Arbeiterschaft bezeichnet, während in derselben Nummer der Zeitung in einem Artikel des Bezirksleiters Karl Wolf die Vorteile dieses Schiedsspruches auseinandergesetzt waren. Durch ein solches Verfahren wird den Funktionären die Agitation ungemein erschwert. Das ist nicht Aufgabe der Metallarbeiter-Zeitung, die das Organ des Verbandes ist.

Brumer-Leipzig: Ich glaube nicht, daß durch den Artikel des Kollegen Kummer über den Severingschen Schiedsspruch die Organisationsarbeit erschwert worden ist. Die Metallarbeiter-Zeitung darf nicht nur das Sprachrohr des Vorstandes sein, sondern sie muß auch die Meinung der Mitgliedschaft zum Ausdruck bringen. Bedauerlich ist, daß wir Schiedssprüche haben, die unsere Kollegen zu einer Arbeitszeit verpflichten, die über 8 Stunden hinausgeht. Wenn ein Viertel der Kollegen durch Zwangsschiedssprüche zur Ueberarbeit gezwungen sind, so wird dadurch jede Vorwärtsentwicklung auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung unmöglich gemacht.

Malzahn-Berlin vertritt einen Antrag, durch einen Aufruf allen Metallarbeitern, die noch in Splitterorganisationen sind, die Hand zum Anschluß an den DMV zu bieten. Es bricht sich heute bei den sogenannten oppositionellen Kollegen in der Berliner Metallindustrie der Gedanke immer mehr Bahn, daß sie ein Opfer der verderblichen kommunistischen Gewerkschaftspolitik geworden sind. Wir sollten daher allen, die zur Erkenntnis kommen und wieder zur Organisation zurückkehren wollen, die Möglichkeit dazu nicht verschließen, wenn sie sich auf den Boden der Verbandstagsbeschlüsse stellen, wenn sie Disziplin wahren und vor allem von Sonderlisten zurücktreten. Wir wollen mit der gewünschten Kundgebung auch erreichen, daß sich unsere Bruderorganisationen, die Kupferschmiede und die Maschinisten und Heizer, schnellstens mit dem DMV verschmelzen. Der Appell soll sich auch an die Hirsch-Dunckerschen und christlichen Metallarbeiter richten. Wir müssen auch alles tun, unsere Mitglieder ideologisch für den Klassenkampf reif zu machen. (Bravo!)

Der Kassierer Schott befürwortet namens des Vorstandes einen Antrag auf Wiederaufnahme von Privatanzeigen in der Metallarbeiter-Zeitung. Bei der Wirtschaftskrise können wir uns den Luxus nicht leisten, auf eine solche große Einnahmequelle zu verzichten.

Willmann-Osnabrück rechtfertigt seinen Standpunkt über die Doppelverdiener gegenüber der Kollegin Gladosch.

Haß-Hamburg beantragt, die Metallarbeiter-Jugend um einer besseren Ausgestaltung willen vierzehntägig erscheinen zu lassen. Nicht die Quantität, sondern die Qualität ist entscheidend. — Kollege Albrecht forderte den Austritt der Metallarbeiter aus dem Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände. Man sagt, wir müßten uns dort unterordnen unter die Beschlüsse der bürgerlichen Mehrheit. Das ist nicht der Fall. Der Reichsausschuß ist ein reiner Zweckverband und jeder Jugendlichenverband in ihm behält seine volle Selbstständigkeit. Das Wesentliche aber ist, daß wir unsere Forderungen, z. B. in der Urlaubsfrage, mit Hilfe des Reichsausschusses viel besser durchsetzen können. Wir treten für gesetzlichen Urlaub der Jugendlichen ein, für eine dreijährige Lehrzeit und für ein Berufsausbildungsgesetz, das den Forderungen der Gewerkschaften entspricht. Entscheidend für die Jugendarbeit ist die Lösung des Führerproblems. Mancher Kollege glaubt Jugendarbeit leisten zu können, handelt aber dann wie der Elefant im Porzellanladen. In Hamburg haben gerade die Kollegen von der kommunistischen Richtung unsere Jugendarbeit zerstört. Man gewinnt die Jugendlichen natürlich nicht dadurch, daß man systematisch in allen Zusammenkünften der Jugendlichen die Gewerkschaftsangehörigen als Verräter beschimpft. Wichtig ist, Jugendvertrauensleute zu schaffen und dann mit ihnen gemeinsame Arbeit zu machen.

Wauge-Berlin wendet sich gegen eine bedingungslose Wiederaufnahme der Ausschlossenen. Die heutigen Bestimmungen des Statuts und die Verbandstagsbeschlüsse genügen, um es diesen Kollegen zu ermöglichen, einen Wiederaufnahmeantrag zu stellen. Wir haben in unserm Verbands strengste Disziplin zu verlangen. Natürlich sind wir dafür, daß möglichst alle Kollegen, die den Lockrufen der Kommunisten gefolgt sind, wieder unserm Verbands beigeführt werden.

Köcher-Berlin weist auf die Notwendigkeit hin, angesichts der Tatsache, daß die Rationalisierung der Unternehmer eine völlige Umschichtung der Arbeiter herbeigeführt habe, indem man die gelernten Arbeiter abgebaut, ungelernete Arbeiter in die Betriebe eingestellt und auch ungelernete Arbeiter durch billige Frauennarbeit ersetzt habe, daß die Arbeiter in den Betrieben mehr mit den Gefahren der Arbeit vertraut gemacht werden müssen. Auch die Leitung der Schule in Dürrenberg sollte die Fragen der Gewerbehygiene bei allen Kursen mehr berücksichtigen. Kollege Weinmann sagte, wir sollten uns die Arbeiter in Rußland als Beispiel nehmen. Die „Rote Fahne“ vom 6. Juli d. J. hat als Musterbeispiel gebracht, wie eine Traktorfabrik in Sowjetrußland aufgebaut worden ist. Da heißt es unter der Ueberschrift: Der Heldenkampf der Neuzehner: „Die Glaser lehten es kategorisch ab, in diesen Frosttagen zu arbeiten. Der Wind feste durch die Höhlen der eisernen Fensterrahmen. ... 200 Jungkommunisten unternahmen es, das Glas in die Fenster einzusetzen. Ein namenloser Glaser, der sich mit seinen Kollegen nicht solidarisierte, leitete sie. Die 200 bestiegen das Gerüst und zum erstenmal schauten sie mit Diamanten Glas, nahmen Maß, setzten das Glas in die Eisenrahmen.“ Das ist eine Arbeit, die wir in Deutschland als Streikbrecherarbeit bezeichnen! (Sehr wahr!)

Klein-Eßlingen befürwortet Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Feilenarbeiter und Einberufung einer Berufskonferenz der Feilenarbeiter. Die Jugendarbeit kostet Geld, deshalb brauchen die Ortsverwaltungen die Unterstützung durch den Vorstand. Die Kollegen von der Opposition aus Stuttgart reden immer von außerparlamentarischen Mitteln, viel wichtiger ist aber eine stetige Entwicklung in der planmäßigen Gewerkschaftsarbeit. Die so notwendige Verkürzung der Arbeitszeit kann nicht durch außerparlamentarische Mittel erreicht werden. Kollegen, die die Arbeiterschaft bewußt schwer gefährdet haben, können wir nicht einfach wieder aufnehmen. An den Kollegen von der Opposition ist es, alles Trennende zu beseitigen, denn wir können uns den Luxus des Bruderkampfes nicht mehr leisten. Die Kollegen können zu uns zurückkehren, wenn sie sich verpflichten, im Rahmen unserer Statuten bei uns mitzuarbeiten.

Leopold-Kiel schließt sich dem Wunsche auf Ausgestaltung der Verhandlungszeiten an. Auch die Betriebsratzeitung sollte in besserem Druck erscheinen. Es kommt bei aller Zeitschriften sehr auf das äußere Kleid an. Es sollte geprüft werden, ob der Zeitgeist, dieses vorzügliche Organ, das der Verband in den Jahren 1908 bis 1914 herausgegeben hat, nicht wieder ins Leben gerufen werden kann. Der Redner wendet sich auf Grund der Erfahrungen an der Wasserkante auch gegen ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Christlichen.

Meyer-Lübeck wünscht die Einberufung von Reichskonferenzen der Schmiede und Kesselschmiede. Die Rationalisierung hat ja auch in diesen Berufen Eingang gefunden. In den Großschmieden findet man heute die modernsten Einrichtungen, Oefen, wo das Material an einem Ende hineingeschoben wird und an dem andern bearbeitet wieder herauskommt. Notwendig ist, daß in unserer Presse eine rege Propaganda gegen den Krieg entfaltet wird, ferner, daß die Kollegen über das Vorhaben der Faschisten und auch des imperialistischen Rußlands aufgeklärt werden. Zu begrüßen ist, daß der ADGB und der DMV den Wahlauftritt der Sozialdemokratischen Partei unterstützt haben. Am 14. September muß die deutsche Arbeiterschaft beweisen, daß sie gewillt ist, sich von allen denen abzuwenden, die den Bolschewismus und den Faschismus predigen. Ich war vorgestern im Berliner Wedding und habe dort wieder gehört, daß die Leute in den Betrieben, die noch vor einem Jahre den Sowjetstern an der Brust getragen haben, heute zu einem großen Teil das Hakenkreuz tragen. Die Faschisten links und rechts sind die Strolche der deutschen Arbeiterbewegung.

Hansen-Stuttgart. Der Kollege Malzahn knüpfte an den Uebertritt Erkelenz zur SPD Hoffnungen auf Verschmelzung der Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiter-Organisation mit dem DMV. — Selbstverständlich soll der DMV eine Gewerkschaft sein, die die Metallarbeiter zusammenfaßt, gleichgültig, wie sie politisch und konfessionell stehen. Aber ein Herüberziehen der Hirsch-Dunckerschen darf den Klassenkampfcharakter unserer Organisation nicht beeinträchtigen. Entschieden ablehnen müssen wir die Auffassung, die Kollege Kummer in der MAZ vertreten hat, daß sich die gewerkschaftliche Auffassung der beiden Richtungen nicht wesentlich unterscheiden. Die Gründung der Sowjetunion ist das größte historische Ereignis des letzten Jahrhunderts, sagte Kollege Kummer. Ganz richtig. Wir wissen, daß Rußland kulturell und wirtschaftlich noch gewaltige Rückstände aufzuweisen hat, aber es ist dort eine neue Gesellschaftsform und eine neue Wirtschaftsweise im sozialistischen Sinne entwickelt worden, was natürlich, solange die russische Arbeiterschaft isoliert ist, gewaltige Entbehrungen und Opfer von ihr fordert. Eine imperialistische Macht ist die Sowjetunion nicht.

Damit schließt die Aussprache über die Tätigkeitsberichte. Die Berichterstatter erhalten nun das Schlußwort. Als erster der Berichterstatter für die Zeitungen.

Kummer: Ich bin im Gegensatz zu dem Kassierer Schott gegen die Aufnahme von privaten Anzeigen in der Zeitung. Wenn Schott anderer Meinung ist, um sich eine solche Einnahmequelle zu erschließen, so kann ich ihm, dem Kassierer, das nicht übelnehmen. Der Karlsruher Verbandstag vor zwei Jahren hat beschlossen, private Anzeigen nicht mehr aufzunehmen. Dieser Meinung sind wir Schriftleiter auch heute noch. Stellen Sie sich vor, in welche schiefe Lage wir kommen, wenn wir im redaktionellen Teil gegen die Ausbeutung der Dummen durch die Lotterien schreiben, weiter hinten aber die Lotterien als Mittel, reich zu werden, angepriesen wird. Oder wenn wir uns gegen die Kurpfuscherei wenden, hinten aber im Anzeigenteil ein Universalmittel gegen alle Krankheiten angezeigt wird. Ein Ausweg kann dadurch gefunden werden, daß wir die Genossenschaften und Konsumvereine gewinnen, mehr bei uns zu annonciieren.

Kollege Schulenburg war so freundlich, seiner Unzufriedenheit mit der Metallarbeiter-Zeitung Ausdruck zu geben, weil ich in ihr meine Meinung zu dem Severingschen Schiedsspruch im Hüttenarbeiterstreit dargelegt habe. Und Schulenburg frag, für wen denn die Zeitung eigentlich noch das Blatt des Vorstandes sei. Darauf ist zu sagen, daß es am Kopfe der Zeitung steht, für wen sie da ist, nämlich für den Metallarbeiter-Verband, für Vorstand, Schriftleitung und besonders für die gewöhnlichen Mitglieder. Die Meinung über den Wert des Severingschen Schiedsspruchs für die Arbeiterschaft war und ist bekanntlich sehr geteilt, wie der Kollege Brummer hier gleich betont hat. Wenn ich als Schriftleiter die fast allgemeine Ansicht über den Schiedsspruch in der Zeitung deutlich zum Ausdruck gebracht habe, so war das meine Pflicht. Denn der Schriftleiter hat eine Meinung zu haben und sie auszudrücken. Das wünsche ich von jedem Mitgliede, das muß ich auch für mich verlangen. Was wir brauchen, sind nicht nur Hörer des Wortes von oben, sondern Täter des Wortes von unten. Die Meinung dieser so wünschenswerten Art von Mitgliedern hat die Schriftleitung auszudrücken. Kollege Schulenburg steht mit seiner Beanstandung allein. Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, sondern viel mehr an der Zeitung ausgesetzt werden würde, es könnte nicht wundernehmen. Denn ein Blatt, das seine Meinung zu jeder großen Frage so deutlich sagt, hat mit Widerspruch zu rechnen. Wenn er diesmal so gering war, so zeigt das, daß die Zeitung der Auffassung der Mitglieder-masse gerecht geworden ist. Das wird die Schriftleitung auch fernerhin versuchen zu erfüllen. (Beifall.)

Der Ausschußvorsitzende Weißig vertritt gegenüber einigen Rednern nochmals seinen Standpunkt, daß ein Ausschluß nicht vorgenommen werden kann, ohne daß eine verbandsschädigende Handlung vorliegt. Sorgen Sie dafür, daß das Rechtsbewußtsein, das bisher im Ausschuß und auch im Verband im allgemeinen auf ziemlich hoher Stufe gestanden hat, nicht durch Beschlüsse heruntergedrückt wird, die sich später bitter rächen könnten.

Der Berichterstatter des Vorstandes, Braudes, stellt in seinem Schlußwort mit Genugtuung fest, daß dieser Verbandstag zum erstenmal seit langen Jahren ohne besondere Fraktionsbildung ausgekommen sei. Das ist ein sehr begrüßenswerter Fortschritt. Mit der Uebersiedelung unserer Verwaltung nach Berlin ist eine Reform der Hauptverwaltung Hand in Hand gegangen. Wir haben schon seit einigen Wochen einige neue Kräfte in die Verwaltung hineinbekommen. Es ist für die Konzernbearbeitung ein Kollege aus der Schwerindustrie angestellt, für die Konjunkturbeobachtung ebenfalls ein Kollege aus einem Bezirk der Schwerindustrie. Außerdem haben wir einen Kollegen angestellt, der die Tarifabteilung bearbeiten soll, so daß mehr Einheitlichkeit von der Zentrale aus in das ganze Tarifwesen hineingebracht wird. Wir haben ferner eine Bibliothekarin mit akademischer Bildung angestellt. Die Bedeutung unserer Bibliothek ist von Professoren, die mit Studenten zu

uns gekommen sind, immer in der lebhaftesten Weise anerkannt worden. Wir werden also in Zukunft dieses bedeutsame Material ganz anders ausschöpfen können. Ferner soll auch ein Pressereferat eingerichtet werden, das die Aufgabe hat, die Öffentlichkeit über unsere Verbandsarbeit zu unterrichten. Die Kritik, die auf dem vorigen Verbandstag über das Schlichtungswesen geübt wurde, war meiner Ansicht nach durchaus berechtigt. Wenn ein so großer Verband wie Ihrer erfolgreich arbeiten soll, muß die im Gesamtvorstand beschlossene Politik in entscheidenden Fragen auch im Verbandsorgan unterstützt werden. Das hindert die Redaktion keineswegs, der Mitgliedschaft die Möglichkeit zu geben, auch gegenteilige Meinungen in der Zeitung zu vertreten.

Die Kollegin Hanselmann verwies bei ihren Ausführungen über die Frauenarbeit auf Rußland. Eine Zuhörer, die mit den russischen Verhältnissen genau vertraut ist, hat uns dazu mitgeteilt, daß dort die Nacharbeit der Frauen in allen Industriezweigen mit Ausnahme derjenigen Betriebe, in denen die Frauenarbeit überhaupt verboten, gestattet sei. Nur für schwangere Frauen sei das ursprüngliche Nacharbeitsverbot aufrechterhalten. Die Sowjetregierung lasse in ihren eigenen staatlichen Betrieben die Nacharbeit der Frauen nicht nur zu, sondern fördere sie. In den Betrieben mit siebenstündiger Arbeitszeit müßten 56 vH der beschäftigten Frauen in der Nacht arbeiten. Die Frauen werden in Rußland mit so schweren Arbeiten beschäftigt, wie es in Deutschland niemals zu sehen sei, sogar als Maurer.

Eine Zentrale für die Frauenarbeit in der Hauptverwaltung einzurichten ist bereits beschlossen. Es soll eine Dezernentin angestellt werden, deren einzige Aufgabe es sein soll, in der Hauptverwaltung die Interessen der weiblichen Mitglieder unseres Verbandes wahrzunehmen.

Kollege Malzahn trat dafür ein, man solle ausgeschlossene Kollegen, die sich zur Wiederaufnahme melden, wieder aufnehmen. Wir nehmen jede Woche in den Vorstandssitzungen

eine größere Anzahl von Kollegen auf, die sich für die Wiederaufnahme gemeldet haben. Wenn die Kollegen, die einmal kommunistischen Parolen gefolgt sind, durch ihr ganzes Verhalten beweisen, daß sie ihren Fehler einsehen und wieder gutmachen wollen, dann wird ihrer Aufnahme niemals die geringste Schwierigkeit gemacht. Ablehnen müssen wir aber die Forderungen, daß alle ausgeschlossenen Kollegen in Bausch und Bogen wieder aufgenommen werden müssen.

Der Uebertritt von Erkelenz geht eigentlich mehr der Sozialdemokratischen Partei an, denn unserem Verband ist er nicht beigetreten, sondern bleibt nach wie vor Redakteur des Regulator. Im übrigen sind die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften noch nicht mit der Absicht an uns herangetreten, sich mit uns zu vereinen, und wir haben auch keine Ursache, sie von uns aus dazu aufzufordern. Ich glaube allerdings, daß eine große Zahl ihrer Mitglieder in ihren wirtschaftlichen und politischen Auffassungen zu uns gehören und nicht mehr demokratisch, sondern sozialdemokratisch wählen. Ich wünschte, daß wir bald die Zeit erleben, wo die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands wirtschaftlich sowohl wie politisch eine Einheit bildet.

Das Schlichtungswesen verhindert keineswegs die Durchführung von Kämpfen, und es ist nicht gerechtfertigt, es in Bausch und Bogen zu verurteilen. In der Zeit, als es in Deutschland noch kein Schlichtungswesen gab, wurden bei jeder Krise die Lohn- und Arbeitsbedingungen miserabel, und das mußte erst allmählich wieder aufgeholt werden, ehe man weiter fortschreiten konnte. In den Krisen, die wir in der Zeit des Schlichtungswesens erlebt haben, ist von einem solchen Absturz nie die Rede gewesen.

**Die Arbeitszeit muß verkürzt werden.**

Leider haben wir gerade in der Metallindustrie noch Arbeitszeiten von 52, 54, zum Teil sogar von 57 Stunden. Zu der 48stündigen Arbeitszeit im ganzen Reich müssen wir unbedingt kommen, und das nächste Ziel ist bekanntlich die 44stündige Arbeitszeit, die angesichts der technischen Fortschritte ohne Schädigung der Wirtschaft durchführbar ist. Wir werden wie bisher alles tun, um das Beste für die Arbeiterschaft herauszuholen und werden niemals vergessen, daß der Hauptzweck der Gewerkschaften die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung ist.

Nach diesem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Schlußwort wird über die zu den Geschäftsberichten vorliegenden Anträge abgestimmt. Nach den Vorschlägen der Antragskommission werden eine große Anzahl der Anträge dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Es wird nun eine Entschließung angenommen, die die Meinung des Verbandstages zusammengefaßt enthält. Diese Entschließung ist in der vorigen Nummer der Zeitung am Schlusse des Berichts gebracht worden.

Hierauf wird noch angenommen eine

**Entschließung zur Reichstagswahl**

Der gegenwärtige Wahlkampf ist eine erbittertsten politischen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Die besitzende Klasse versucht mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien den durch die Staatsumwälzung erreichten Einfluß der Arbeiterschaft auf Staat und Wirtschaft unter Beseitigung der formalen politischen Demokratie zu beseitigen.

Die erbitterten Kämpfe um die Verschlechterung der Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützung waren Vorpostengefechte für eine Generaloffensive gegen die sozialen Errungenschaften und gegen die im harten Ringen erreichte soziale und kulturelle Stellung der Arbeiter. Um dieses Ziel zu verwirklichen, wurde die Regierung Hermann Müller gestürzt, weil sich deren sozialdemokratische Mitglieder schützend vor die Interessen der Arbeiterklasse stellten. Durch Verfassungsverbruch hat die nachfolgende Bürgerblockregierung unter Führung des Zentrumministers Brüning ihre unerhörten arbeitserfeindlichen Maßnahmen durchgeführt und den Reichstag aufgelöst, als die Sozialdemokratische Partei die Aufhebung dieser reaktionären Verordnungen erzwungen hatte.

In diesem Wahlkampfe stehen höchste gewerkschaftliche Interessen auf dem Spiel. Es wird entschieden, ob ein weiterer sozialer Ausbau der Republik oder ob die deutsche Arbeiterklasse wieder ein schutzloses Ausbeutungsobjekt der Bourgeoisie werden soll. Es geht um

die Erhaltung der politischen Demokratie mit ihren Rechten für die arbeitende Masse und gegen die faschistische Diktatur.

In diesem gewaltigen Ringen wird die Sozialdemokratie von allen Parteien bekämpft, weil nur sie die wahre Interessenvertreterin der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Arbeiterklasse ist. Die Kommunistische Partei sieht in ihrer Verblendung auch in diesem Kampfe wieder ihre Aufgabe in der Stärkung der Front der Arbeiterfeinde.

Der Verbandstag fordert alle Metallarbeiter und -arbeiterinnen mit ihren Angehörigen auf, in entschiedenster Weise für die Sozialdemokratie zu werben, damit diese am 14. September im Parlament so stark wird, um die vorhandenen sozialen reaktionären Maßnahmen zu beseitigen und solche für die Zukunft zu verhindern. Durch einen sozialdemokratischen Wahlsieg muß die Bahn für einen weiteren sozialen und kulturellen Aufstieg des schaffenden Volkes freigemacht werden.

**Vierter Verhandlungstag**

Es wird nun der Punkt: Die Wandlungen in der Weltwirtschaft mit Berücksichtigung der Metallindustrie behandelt. Den Vortrag zu dieser Sache hält Heinrich Schliestedt vom Vorstand. Er führt aus:

Es ist heute ein Gemeinplatz in Europa, die Vereinigten Staaten Amerikas als bestimmend auf dem Gebiete der Industrie und des Finanzkapitals zu bezeichnen. Diese allgemein anerkannte Herrschaft Amerikas hat ihre Ursache in dem Weltkrieg; sie ist entstanden aus der Verschuldung Europas an Amerika, dem Stillstand der industriellen Entwicklung Europas und der treibhausmäßigen Entfaltung der Produktivkräfte in Amerika während des Krieges. So konnte Amerika die in Europa, insbesondere in England, geliehenen Kapitalien nicht mehr zurückzahlen, sondern es wurde sogar der Gläubiger Europas. So ist in Amerika eine Konjunktur, eine „prosperity“ entstanden, und in Europa rüstete man Expeditionen aus, um das „Wirtschaftswunder“ Amerika von neuem zu entdecken, um seine Methoden womöglich nach Europa zu übertragen. Die Folgen der Entwicklung Amerikas hat besonders Deutschland zu spüren bekommen. Wir erkennen in ihnen die Verbundenheit des Schicksals der Arbeiter mit der Wirtschaft.

Wollen wir die Stellung der deutschen Wirtschaft in der Weltwirtschaft erfassen, so müssen wir uns ein Bild über die Größenverhältnisse machen. Europa hat 488 Millionen Einwohner, von denen mehr als 48 auf dem Quadratmeter wohnen; Amerika hat 242 Millionen Einwohner und eine Bevölkerungsdichte von 5,8. Deutschland mit seinen 64,4 Millionen Einwohnern hat eine Bevölkerungsdichte von 36,8, Belgien mit 8 Millionen Einwohnern eine solche von 261,5. Die Bevölkerungsdichte der Vereinigten Staaten mit 120 Millionen Einwohnern beträgt 15,5. Ungeheure Weite in Amerika, Enge in Europa! Dazu hat sich in Europa eine große Zahl von nationalen Wirtschaften gebildet, die durch Zollgrenzen voneinander abgegrenzt sind. Europa hat nicht genügend Rohstoffe, um sich selbst mit Nahrungsmitteln, Wohnung und Kleidung zu versorgen. So ist die europäische Bevölkerung auf die Gütereinfuhr aus der übrigen Welt angewiesen, für die sie natürlich Gegenleistungen in der Form der Verfeinerung eingeführter Rohstoffe geben muß. Ohne diesen Gütertausch, ohne hoch entwickelte Industrie würde die Bevölkerung Europas überhaupt nicht genügend Lebensraum haben. Europa ist durch seine Bevölkerungsdichte einfach gezwungen, Weltwirtschaft zu treiben.

Am leichtesten war die industrielle Entwicklung in dem nördlichen Gebiet Amerikas. Dazu besaß es insbesondere Kohle, Oel, Erze, Wasser. Amerika besitzt 70 vH des Gesamtkohlenvorrats der Erde, Europa nur 10 vH; von dem Braunkohlenvorrat besitzt Amerika 94 vH, Europa 1,4 vH. Fast die Hälfte der Erdölvorräte entfallen auf Amerika. Von den Wasserkraften der Erde entfallen auf Amerika 116 Millionen Pferdekraften, auf Europa 45 Millionen; in Amerika sind davon ausgenutzt über 12 Millionen, in Europa 8,55 Millionen. Von den etwa 150 Millionen Tonnen abbaufähigen Erz der ganzen Erde entfallen auf Amerika 79 vH, auf Europa 20 vH. Ähnlich ist es mit Kupfer, Blei, Zink und Aluminium.

So ist Amerika, die Tochter Europas, heute viel größer und stärker geworden, eine Entwicklung, die noch dadurch beschleunigt wurde, daß Europa durch den Krieg in seiner Entwicklung stark gehemmt worden ist.

Der ferne Osten ist das beste Beispiel für die infolge des Krieges eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen. Japan hat sich innerhalb eines halben Jahrhunderts aus einem Volk von Ackerbauern in ein hochindustrielles Land verwandelt, aber erst der Weltkrieg hat die Industrie Japans so gewaltig entwickelt, daß wir heute Japan überall auf dem Weltmarkt begegnen. Ähnlich ist die Entwicklung in China. 1913 etwa 1 Million Baumwollspindeln, 1928 3,85 Millionen, 1913 5 Millionen Webstühle, 1927 23 Millionen. Auch in China entstanden Maschinenfabriken, Stahl- und Eisenwerke, Schiffswerften, Gas- und Elektrizitätswerke, Munitionsfabriken, Bergbau. Zur Versorgung der 435 Millionen Einwohner reichte die Industrie allerdings noch nicht aus, aber sie bedeutet einen schon ziemlich merklichen Rückgang der Einfuhr industrieller Produkte aus Europa und Amerika.

Durch die Entwicklung der Textilindustrie in den Ländern des fernen Ostens wird besonders England betroffen. Eine von der englischen Regierung 1929 eingesetzte Kommission, die die Ursache der riesigen Arbeitslosigkeit in der englischen Textilindustrie untersuchen sollte, hat festgestellt, daß gegenüber der Vorkriegszeit der Verbrauch an Kattun gestiegen ist, daß aber der Anteil, der von Großbritannien exportiert wurde, weniger als zwei Drittel der Quote von 1910 bis 1913 beträgt.

In Australien, dem bisherigen Lande der Viehzucht, ist die industrielle Entwicklung gewaltig. 1907 wurden in Australien 12 600 Fabriken gezählt, 1927 21 600. Die Zahl der Beschäftigten ist in dieser Zeit von 249 000 auf 467 000 gestiegen. Das angelegte Kapital stieg von 1908 bis 1925 von 1,6 auf über 6 Milliarden, der Wert der Gesamtproduktion von 1740 auf 6940 Milliarden. All das bedeutet den Aufstieg zum Industrievolk, bedeutet Selbstversorgung, bedeutet Ausfuhr.

Keinen wir nun zu Europa zurück. Europa hatte schon vor dem Kriege mehr Industrie als zur Erzeugung des eigenen Bedarfs notwendig war. Der europäische Krieg ist ja nicht zuletzt aus dem Kampf der europäischen Länder um die Rohstoffquellen und Absatzmärkte entstanden. Durch diesen Krieg ist die Landkarte Europas sehr zu seinen Ungunsten verändert worden. Die neu entstandenen Länder versuchten, die Produktionsmittel in ihren nationalen Grenzen zu vergrößern, bei sich selbst eine Industrie zu entwickeln, obwohl, wie gesagt, die europäische Gesamtindustrie mehr als ausreicht, um die Versorgung Europas zu sichern. Jedes Land versucht, nicht aus Bedarfsgründen, sondern aus nationalistischen Gründen, eine eigene Industrie zu entwickeln, um sich unabhängig von den anderen Ländern zu machen. Um diese Entwicklung zu fördern, sucht man sich gegen die anderen Länder durch protektionistische Maßnahmen zu schützen.



Ulrich, Berlin

Am stärksten ist diese Erscheinung in Rußland, das die Industrialisierung in einem Riesenausmaß betreibt, begünstigt durch das Vorhandensein von Rohstoffen und Energiequellen. In dem bekannten Fünfjahresplan ist vorgesehen, daß aus den Arbeitenden 78,4 Milliarden an Mehrwert herausgeholt werden sollen, wovon 3,1 Milliarden für die Elektrifizierung, 10 Milliarden im Transportwesen, rund 16 1/2 Milliarden in der Industrie investiert werden sollen. Wenn sich die russischen Arbeiter das gefallen lassen, dann werden sich daraus weitere Wandlungen in der Weltwirtschaft ergeben, die unsere kühnsten Erwartungen übertreffen.

Wichtig ist, daß überall nicht nur die Produktionsmittel vermehrt worden sind, sondern daß auch die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Produktionsmittel durch vervollkommnete Technik und durch organisatorisch bessere Verwendung gesteigert worden ist. Jedes Land versucht natürlich, in der Produktionsliste der Welt möglichst an eine vordere Stelle zu kommen.

Die Erzeugung von Rohreisen und Rohstahl in Deutschland hat gegenüber 1915 eine recht beachtliche Steigerung erfahren, und zwar durch Steigerung der Leistungsfähigkeit mittels Neuinvestition von Kapital. Die Schwerindustrie in Deutschland ist also keineswegs so arm geworden, wie sie sich den Anschein gibt. Diese Leistungssteigerung ist nicht nur eine Folge besserer technischer und organisatorischer Einrichtungen, sondern zugleich

**eine Folge der stärkeren Ausbeutung**

der Arbeiter. Das Institut für Konjunkturforschung hat für die gesamte deutsche Industrie folgende Ausnutzung der Arbeitsplatzkapazität berechnet: Im Juli 1928 77,9 vH, im Juli 1929 76,1 vH, im Januar 1930 65,6 vH, im März 64,1 vH, im April 64,3 vH. Würde die Arbeitsplatzkapazität zu 100 vH ausgenutzt worden sein, dann wäre die Produktion um ein Drittel höher. Die Kapazität der Industrie wird schätzungsweise ausgenutzt im Maschinenbau mit 60 bis 65 vH, im Waggonbau nur mit 50 vH, im Kraftfahrzeugbau mit 45 vH. Selbst in der guten Konjunktur Mitte 1928 hatten wir in der gesamten Industrie einen Ausnutzungsfaktor von nur 80 vH. Im Mai dieses Jahres waren von den 175 Hochöfen in Deutschland nur 86 im Betrieb. Diese 175 Hochöfen haben eine Leistungsfähigkeit von 32 330 Tonnen in 24 Stunden; erzeugt wurden nur 27 700 Tonnen, also etwas mehr als die Hälfte.

Privatkapitalistisch gedacht, bedeutet das Stillliegen von Produktionsmitteln eine Verteuerung der Gesamtproduktion. Also Verteuerung der Produktion, Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt, Arbeitslosigkeit im Innern. Die Folgerungen, die die Kapitalisten aus diesen Veränderungen ziehen, sind sehr einfach: Beseitigung der Konkurrenz durch Stilllegung, wenn es notwendig ist, in erster Linie aber durch Zusammenschluß, durch Syndizierung, durch Kartelle, nicht nur national, sondern auch international. Andere Mittel sind die, die über den Staat gehen: Zölle, Einfuhrverbote, Kontingentierung der Einfuhr, Einfuhrmonopole, Exportvergütungen, Einfuhrschemine, Anbauprämien, Verbrauchsvorschriften. Bemerkenswert ist, daß gerade die diktatorisch regierten Staaten die höchsten und dicksten Zollmauern haben. Besonders Rußland läßt sich in bezug auf Einfuhrschwermisse von keinem anderen Lande übertrumpfen.

Mit den bisher angewandten Methoden gibt es in der Tat keine Möglichkeit, das Elend der arbeitenden Massen zu überwinden. Sollen wir deshalb die angedeutete Entwicklung der Produktivkräfte bekämpfen? Wir wären Toren, wenn wir diese Entwicklung bekämpfen würden, denn sie trägt ja zur Vernichtung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung bei. Heute dienen aber die Produktivkräfte in der Hand der Privatkapitalisten dazu, den Menschen zu erniedrigen, ihn dem Hunger und dem Elend anzuliefern. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist der Beweis dafür, daß die Produktivkräfte falsch angewandt werden. Wir müssen zu einer Wirtschaft kommen, die sich nach dem Bedarf richtet. Was wir heute erleben, ist nichts anderes als die

**Bankrotterklärung der bisherigen Wirtschaft,**

die es nicht vermocht hat, die Versorgung der Menschheit sicherzustellen. Die Erkenntnis, daß auf dem Wege der Privatwirtschaft eine Lösung der Schwierigkeiten nicht mehr möglich ist, greift immer weiter um sich. Der Privatkapitalismus wird an sich selbst zugrunde gehen.

Ein Irrtum aber ist es, zu glauben, daß diese Entwicklung gewaltsam beschleunigt werden kann. Mobilisieren sollen wir die Arbeiter, aber das können wir nur dann, wenn sie ein gemeinsames Ziel haben, und wenn sie sich über den Weg zu diesem Ziele einig sind. Das Ringen um die Erkenntnis der Arbeiterklasse und ihre Einsetzung für das gemeinsame Ziel, das ist der Klassenkampf. Das Ziel ist die Überwindung der heutigen Produktionsweise, die Überwindung der Schwierigkeiten, die sich aus der heutigen Wirtschaft ergeben. Um es zu erreichen, dazu gehört der Glaube daran, daß wir den Sieg der neuen Zeit noch erleben werden. Wir sehen den Ausweg, und darum muß auch dieser Verbandstag ein glühendes Bekenntnis zum Sozialismus ablegen. Die Metallarbeiter — das wird weiter das Gelöbnis dieser Versammlung sein — werden alles tun, um die ersten in diesem Kampf um die neue Gesellschaft zu sein. Eine leichtere Zukunft allen Menschen zu bereiten, das wird auch die Aufgabe der Metallarbeiter, das wird der Auftrag des Verbandstages an alle Arbeitenden sein müssen. (Lebhafte Beifall)

**Die Aussprache**

Brandt-Grünberg: Daß die Errichtung von Industrien in anderen Ländern so schnell möglich war, hängt damit zusammen, daß deutsche Ingenieure, deutsche Facharbeiter, europäische Facharbeiter überhaupt in großer Zahl nach den in Frage kommenden Ländern ausgewandert sind. Das wäre nicht der Fall gewesen, wenn nicht die deutschen Unternehmer so engstirnig gewesen wären, wenn sie die ausgewanderten deutschen Kräfte mit besserer Bezahlung zurückgehalten hätten. Der einzige Vorteil, den wir im Verhältnis zu ausländischen Industrien haben, ist daß die Intensität der Produktion dort nicht so groß ist wie bei uns. Das wird aber anders werden, wenn auch in diesen Ländern eine Generation von Industriearbeitern heranwächst. Ich halte vor allem einen engeren Zusammenschluß der europäischen Länder für notwendig, damit ein Austausch der Waren innerhalb dieser Länder vor sich gehen kann.

Der Warenmangel ist in Deutschland sehr groß. Um ihn zu stellen muß die Kaufkraft gehoben werden; dann wird das Inland das beste Absatzgebiet sein. Die Kaufkraft kann gehoben werden durch Steigerung der Löhne oder durch Herabsetzung der Preise der Bedarfsartikel. Deshalb müssen wir versuchen, eine

**Preiskontrolle bei den Kartellen und Syndikaten**

durchzusetzen. Um die Bedarfslosigkeit der Arbeiterschaft in den neu entstandenen Industriestaaten zu beheben, ist ein internationaler Zusammenschluß der Arbeiter mehr denn je notwendig. Sorgen wir dafür, daß die Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern so ausgebreitet wird, daß auch in ihrem Reich die Sonne niemals untergeht. (Beifall)

Kohert-Breslau vertritt die Meinung, daß die Wirtschaftsprobleme — durch außerparlamentarische Mittel zu lösen sind.

Krieg-Halle: Wenn auf diesem Verbandstag solche harte Anklagen gegen das kapitalistische System erhoben werden, so beweist das, daß der gesamten Arbeiterschaft das Feuer unter den Nägeln brennt. Es kommt vor allem darauf an, daß wir uns wieder zu den alten Lehren des marxistischen Kampfbuches bekennen. Dann werden wir nicht zu be-

fürchten brauchen, daß so und so viele der eigenen Klassenbrüder in das Lager des Faschismus abgedrängt werden.

Malzahn-Berlin: Aus dem Vortrag von Schliestedt muß man zu dem Erkenntnis kommen, daß die kapitalistische Gesellschaft uns keinen Ausweg bringen kann. Auch Schliestedt konnte nicht sagen, welchen Ausweg wir haben, wenn er sagte, die Regierung, die Finanzmacht muß eingreifen so frage ich, wer ist die Regierung? Das sind doch die Geschäftsführer der kapitalistischen Industriemagnaten. Nur die Arbeiterschaft kann sich aus dieser kapitalistischen Wirtschaftsanarchie befreien. Wir können natürlich nicht, wie die Kommunisten, mit der Uhr in der Hand auf die Revolution warten, sondern haben die Aufgabe, Menschen heranzubilden, die nicht auf wilde Putsche lossteuern, sondern die planmäßig zum energischen sozialistischen Kampf erzogen werden. So lange die Entwicklung noch nicht reif für die Durchführung der Gemeinwirtschaft ist, müssen wir alles tun, um innerhalb der Wirtschaftsanarchie das Schicksal der Arbeitslosen zu mildern. (Bravo)

Schliestedt (Schlußwort): Dem Kollegen König erwidere ich, Marxismus ist der Versuch, die Welt aus der Entwicklung der materiellen, ökonomischen Verhältnisse zu erklären. Malzahn fragte, wer ist die Regierung? Nun, das hängt schließlich von der Entscheidung des Volkes selber ab und daraus ergibt sich unsere Aufgabe, die Regierung zu ändern durch Gewinnung der Masse der Arbeiter. In der von mir vorgelegten Entschließung ist nicht ohne Absicht „von außerparlamentarischen, gewerkschaftlichen Kämpfen“ die Rede. Außerparlamentarische wilde Kämpfe sind keine planvolle Bewegungen. Die Kämpfe, die wir jetzt während des Wahlkampfes erleben mit Schußwaffen, Dolchen und Pfeffer sind wahrlich auch außerparlamentarische Kämpfe, aber will jemand behaupten, daß solche Kämpfe die Arbeiterschaft irgendwie vorwärts bringen und befreien, sie für große Ziele begeistern? Nein, sie können nur niederdrücken, sie können Menschen mit Idealen von unserer großen Bewegung nur abziehen. Es gilt auch für die deutsche Arbeiterbewegung, für die sozialistische Bewegung der Satz des Königsberger Philosophen Kant: „Es ist noch nie etwas Großes in der Welt geschaff-n worden ohne Begeisterung!“ Begeisterung können wir aber nur haben, wenn wir Ideale haben, wenn wir uns etwas vorstellen, was über die Gegenwart hinausreicht, das Erlösung für die Menschheit bringt. Eine solche Begeisterung für Ideale zu erwecken, für die man dann auch das Leben einsetzt, das ist Sozialismus! Diesen Kampf wollen wir uns nicht verkleinern lassen durch Kämpfe außerparlamentarischer Art in der jetzt üblichen Weise.



Stein-Wien, erstattet den Dank der ausländischen Gäste Reichel beim Schlußwort

Sodann wird über die vom Vortragenden eingereichte Entschließung abgestimmt und einstimmig angenommen:

**Die Entschließung zur Weltwirtschaft**

Die Entwicklung der technischen Produktionsmittel und ihre organisierte Anwendung, die im schnellen Tempo fortschreitende Industrialisierung aller Länder hat die Warenproduktion so gewaltig gefördert, daß in ihrer Rückwirkung in allen Industrieländern Millionen Menschen erwerbslos und der Not und dem Elend ausgeliefert sind.

Die Produktionsmittel der Welt reichen aus, um den Bedarf aller Menschen ausreichend zu decken und Not und Elend zu bannen. Die Verteilung der sich aus dieser Bedarfsdeckung ergebenden Arbeitslast auf alle arbeitsfähigen Menschen wird eine erhebliche Entlastung des einzelnen möglich machen.

Wenn trotz des Warenüberflusses und gesteigerter Erzeugungsmöglichkeit Millionen arbeitswilliger Menschen Not und Hunger leiden, so liegt die Ursache dieses Widerspruchs in der längst überholten privatwirtschaftlichen Grundlage der Wirtschaft. Die Lösung dieses Widerspruchs kann nur in der Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftsform und der Entwicklung zur Gemeinwirtschaft, zum Sozialismus gefunden werden.

Der Verbandstag betrachtet deshalb als Aufgabe des Verbandes, die Entwicklung zum Sozialismus mit allen Mitteln zu fördern, die Mitglieder dahin zu erziehen, daß sie die Wirtschaftskrise als Ergebnis der heutigen Wirtschaftsorganisation erkennen. Nur dadurch wird es möglich sein, den Weg zum Ziel einheitlich und geschlossen zu gehen.

Der Verbandstag fordert von der gesamten Mitgliedschaft, über der Not unserer Tage nicht die Ursachen zu verkennen. Überwindung der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsform muß von den Menschen in klarer Erkenntnis gewollt werden unter Beachtung der gegebenen Mittel und Möglichkeiten.

Der Verbandstag erklärt die Neuorganisation der Wirtschaft im Sinne des Sozialismus, die dringend notwendig ist, auch als möglich. Ueber die geforderte Mitbestimmung der Arbeiter in allen wirtschaftlichen Fragen hinaus ist die Beseitigung der Privatwirtschaft das Ziel zur Errichtung einer alle Menschen umfassenden sozialen Wirtschaft.

Dieses Ziel ist nicht nur im parlamentarischen Ringen zu erreichen, sondern es bedarf der Ergänzung auch durch den außerparlamentarischen gewerkschaftlichen Kampf. In diesem Zusammenwirken der geschulten und eingetragenen Arbeiterklasse liegt die Sicherheit der Erreichung des durch die Entwicklung der Produktivkräfte gekennzeichneten Zieles. An die Mitglieder des DMV geht deshalb der Ruf, durch äußere und innere Einigkeit die Voraussetzung zu schaffen zum siegreichen Kampf für die sozialistische Gesellschaft.

**Fünfter Verhandlungstag**

Am fünften Verhandlungstag wird zunächst die Statutenberatung erledigt, zu der etwa 300 Anträge vorliegen. Der Verbandstag stimmt folgender Stellungnahme der Statutenberatungskommission zu: Ein Ausbau der Unterstützungs-einrichtungen des Verbandes ist ohne eine Beitragserhöhung nicht möglich, da die Hauptkasse durch die Ausgaben der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung stark in Anspruch genommen ist und auch für große Kämpfe finanziell stark gerüstet sein muß. Eine Beitragserhöhung aber ist bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den ungewissen Aussichten der nächsten Zeit nicht ratsam. Andererseits darf auch keine Kürzung der bestehenden Unterstützungen erfolgen, insbesondere soll die Invalidenunterstützung in der in Karlsruhe beschlossenen Form bestehen bleiben. In bezug auf die Anwartschaft für die Invalidenunterstützung für die Mitglieder, die infolge langer Arbeitslosigkeit oder Berufsunfähigkeit nach den jetzigen statistischen Bestimmungen nicht die Möglichkeit hatten, so lange zur Invalidenunterstützungskasse beizusteuern, bis sie einen Unterstützungsanspruch erworben hatten, wird die Einführung einer Sonderklasse 3b mit einem 40 - Pf. - Wochenbeitrag beschlossen.



Kauffers-Magdeburg, Berichterstatter

Eine längere Aussprache entspinnt sich über einen Antrag der Statutenberatungskommission, daß bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstag die örtlichen Vertreterversammlungen mit Zweidrittelmehrheit beschließen können, von der statutarisch vorgeschriebenen Urwahl Abstand zu nehmen. Ueber den Antrag wird namentlich abgestimmt. Er wird abgelehnt, da bei 187 gegen 118 Stimmen die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht ist.

Aus dem Bericht der Beschwerdekommision ist von allgemeinem Interesse die Erledigung der Beschwerden der Kollegen Schneider und Glätzer, die schon beim Geschäftsbericht eine Rolle spielten. Der Verbandstag entscheidet sich in namentlicher Abstimmung mit 180 gegen 121 Stimmen im Sinne des Antrages der Beschwerdekommision dem Vorstand grundsätzlich das Recht zuzugestehen, Erklärungen von Mitgliedern zu verlangen, wonach sie sich auf den Boden des Statuts und der Verbandstagsbeschlüsse stellen. Nun wird der Vortrag zur

**Internationalen Gewerkschaftsbewegung**

von Georg Reichel gehalten.

Im Anschluß hieran wurden zum internationalen Metallarbeiter-Kongreß in Kopenhagen folgende Kollegen gewählt: Alwin Brandes, Georg Reichel, Fritz Kummer, Max Ulrich-Berlin, Wilhelm Heide-Nürnberg, Striefler-Hannover, Scheck-Stuttgart, Köhler-Königsberg und Weh-Köln.

Bei den Wahlen zum Vorstand werden die bisherigen Mitglieder mit sehr großer Stimmenzahl wiedergewählt; ebenso die Redakteure und die Vorsitzenden des Ausschusses. Als unbesoldete Beisitzer zum Hauptvorstand werden auf Grund einer von der Berliner Verwaltung vorgeschlagenen Liste gewählt: Lübke, Ring, Vassmann, Simon, Rood, Tunkowski, Aschenbrenner und Rossner. Unter den Ersatzmitgliedern ist eine Kollegin Maria Krause zum Ort des nächsten Verbandstages wird Dortmund bestimmt.

Nach einer notorisch sehr eindrucksvollen Abschiedsrede des Kollegen Viktor Stein, Wien, im Namen aller ausländischen Gäste schließt Reichel Sonnabend mittag den Verbandstag nach einem Ueberblick über seine Arbeiten mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband, die Internationale der Metallarbeiter und die sozialistische Arbeiterbewegung.

Damit ist der 19. Verbandstag am Ende seiner Beratung. Die Vertreter singen die Internationale.

**Kein Entlassungsschutz in Betrieben unter 20 Beschäftigten**

Daß auch dort, wo eine Betriebsvertretung vorhanden ist, unter gewissen Voraussetzungen kein Einspruchsrecht gegen Entlassung möglich ist, mußten drei Kollegen erfahren, die wegen Arbeitsmangel entlassen worden waren. Gegen ihre Entlassung hatten sie beim Betriebsobmann Einspruch erhoben, den dieser für begründet erklärte. Entsprechende Verhandlungen mit dem Unternehmer verliefen erfolglos. Die Betroffenen gingen nun zum Arbeitsgericht in W., um dort ihr Recht zu suchen, zumal einer von ihnen eine sechsköpfige Familie zu versorgen hatte, während Ledige weiterbeschäftigt wurden.

In der Verhandlung berief sich der Unternehmenssyndikus als Vertreter des Beklagten auf den § 92 des BRG. Dieser räume wohl dem Betriebsobmann die gleichen Rechte wie den Betriebs- und Gruppenräten ein, nehme ihm aber das Mitwirkungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, da nur der § 78 Ziffer 1 bis 7 für ihn in Frage käme, das Mitwirkungsrecht aber in den Ziffern 8 und 9 geregelt sei. Daß in dem betreffenden Betriebe nicht mehr als 19 Arbeiter beschäftigt wurden und darum kein Betriebsrat sondern nur ein Betriebsobmann gewählt sei, werde von den Klägern nicht bestritten. Ein Einspruchsrecht nach § 84 Abs. 4 des BRG bestehe also nicht, und er forderte daher die Abweisung der Klage.

Die Betroffenen und ihr Vertreter wehrten sich gegen eine derartige Auslegung des § 92. Sie führten aus, daß durch die ja den Beschäftigten in Betrieben mit weniger als 20 Leuten jeglicher Entlassungsschutz genommen, und das könne doch nicht der Wille des Gesetzgebers sein.

Das Gericht kam nach längerer Beratung zu einer Abweisung der Klage und der beantragten Berufungsfähigkeit, da durch vorliegende Entscheidungen höherer Gerichte und durch die klare Fassung des § 92 BRG das mangelnde Mitwirkungsrecht des Betriebsobmannes ausgesprochen sei.

Hier zeigt sich, daß auch dort, wo eine Betriebsvertretung vorhanden ist — das sind die Betriebe, die regelmäßig weniger als insgesamt 20 Arbeiter beschäftigen und darum nur einen Betriebsobmann wählen können — kein Entlassungsschutz besteht, da der Betriebsobmann in diesen Fällen nicht als Betriebsrat gilt und darum kein Einspruchsverfahren einleiten kann. Es ist dieses eine Härte, deren Beseitigung wiederholt gefordert ist, die aber oft nicht genügend beachtet wird.

Es sollte darum in Kleinbetrieben, wo die Voraussetzung zur Wahl eines Betriebsrates gegeben ist, nicht aus Bequemlichkeit von einer Wahl Abstand genommen und nur ein Betriebsobmann gewählt werden. Val. Buchardt

# Warnung

Laßt euch gewarnt sein! — Der den Leu erschlug,  
Der vor sich hertrieb der Philister Schar,  
Der Gazas Tor auf beiden Schultern trug —  
Er, als er blind nun und geschoren war,  
Als man ihn holte nun von seiner Mühle,  
Daß er, Ziel ihres Hohns, vor seinen Quälern spiele:

Er packte wild und riß zum Boden dann  
Des Tempels Säulen: — nieder mit Getös  
Stürzte das Dach! So strafte dieser Mann  
Die Schöpfer seines augenlosen Weh's!  
Der arme Sklav', den sie verlachten alle,  
Zermalmte Tausende in seinem eigenen Falle!

Ein blinder Simson auch in diesem Land,  
Freudlos, geschoren, geht in Kett' und Strick.  
O hütet euch — daß nicht auch seine Hand  
Zerschneidet die Säulen dieser Republik.

Longfellow.

# Rätsel Mensch

Iwan der Schreckliche vergnügt sich und läßt seinen Hund, seinen Lieblingshund, über eine Gerte springen. Plötzlich unterbricht er seine Spielerei, blickt neugierig auf. Grausam und wollüstig zugleich ist sein Blick. Gierig befeuchtet er mit der Zungenspitze seine trockenen Lippen.

Zwanzig zum Tode Verurteilte werden auf den Platz geführt, der umzäunt ist und an einen Hundezwinger anstößt. Zwanzig kraftvolle Gestalten werden von drei Henkersknechten entfesselt. Nun sind sie frei, frei von Ketten.

Iwan tritt sporenklirrend in das umzäunte Gehege. Wie auf ein Signal fallen die Verurteilten auf die Knie. Verächtlich streift Iwans Blick über gekrümmte Rücken, gebeugte Nacken, niedergedrückte Köpfe und zitternde Körper. Dicht aneinandergedrückt, von Angstschauern geschüttelt, liegen sie wie anbetend vor einer grausamen, unheilbringenden Gottheit. —

Ist keiner darunter, der ein Wort, einen Ruf, der wie ein Befehl wirken müßte, wie eine Anfeuerung zum Mord, die eingeschlaferte Männlichkeit aufpeitschend erwecken würde? Nein! Wäre es nicht ein leichtes, den Grausamen und seine drei Henkersknechte zu überwältigen, mit bloßen Fäusten zu erwürgen, diese Bestien in Menschengestalt zu zertreten? Ja! Die Welt wäre um ein Scheusal und drei hörige Schächer ärmer gewesen! Ein Stück Weltgeschichte wäre anders ausgefallen.

Eine Stunde später liegen von wilden Hunden zerfetzte, zerfleischte, menschenähnliche Fleischklumpen in der strahlenden Sonne. — Rätsel Mensch!

1901. Adolf Bender wurde aus seinem bescheidenen Privatleben herausgerissen, erlebte seine größte Erniedrigung: Er wurde Rekrut bei der Garde. Müllte, nach Beendigung des Dienstes, der gewiß eine Schinderei war, in seinen dienstfreien Stunden die Stube mit der Zahnbürste auslegen, den glühenden Ofen putzen, daß die Bürste versengte, oft sein Mittagessen in Kniebeuge und nach Zahlen heiß hinunterwürgen, einmal, als er beim Erscheinen des Feldwebels nicht laut genug „Achtung!“ gerufen hatte, eine Viertelstunde auf dem Kasernenhofe „Achtung“ rufen. Erhielt Ohrfeigen, Faustschläge ins Gesicht, Stöße mit dem Gewehrkolben, Püffe, Tritte ins Gesicht, ja sogar Schläge mit dem Rohrstock wie als Schulung, vom Unteroffizier.

Der Obergefreite Peters aus Kiel (Tatsache) schlug ihm eines Tages mit der Schmutzbürste, aber wohlberodnend mit der Kante, auf den Kopf, daß das Blut floß. — „Wenn du gefragt wirst, was antwortest du, sobald man deine Wunde bemerkt?“ fragte der Peters.

„Ich bin geschlagen worden“, antwortete Bender, etwas stolz in Ton und Haltung.

Von einem Faustschlag, den ihm der Obergefreite ins Gesicht versetzte, taumelte Bender zurück. Als Bender ein Gleichgewicht wieder hatte, fragte das Ungeheuer von einem Obergefreiten: „Was ist dir geschehen, du Schwein!“

„Ich bin — ich habe mich gestoßen!“

„Gut! Abtreten!“ Die Schmach der Erniedrigung, die Dienstzeit ist vorbei. Die Monturen werden abgegeben. Einige spucken vor der Abgabe der Sachen erst nochmal darauf, andere trampeln sie mit Füßen. Bender schüttelt verständnislos den Kopf. — Keck, die Extramütze verwegend auf dem Ohr, den Reservestock in der Hand, landet Bender in seiner Heimat. Erzählt Heldentaten. Vierzehn Tage später ist er — Mitglied des Militärvereins. — Rätsel Mensch!

Kulike steht, seine fast ohnmächtige Frau im Arm, von Angstschauern durchschüttelt, zum letztenmal als Mensch unter seinem Dache. Die Mobilmachung ruft, fordert sein Leben. Er macht alle Phasen, von der rohen Ausbildung bis zum Schlachtgetümmel durch. Erlebt die Hölle auf Erden, lebt wie ein Tier in Blut und Dreck. Wird verwundet, wieder zusammengeflückt, kommt wieder an die Todesfront. Sieht Mord, Verbrechen, Schändungen. Beleidigt diejenigen, die in der Etappe hausen. Führt widersinnige Befehle aus, denen oft mit dem Revolver nachdruck verliehen wird.

Dann erhält er Urlaub. Führt in die Heimat. Kaum angekommen, erhält er einen Anschnauzer, weil er in der Heideschneiderei einen Lümmel in Offiziersuniform übersieht und keine Ehrenbezeugung erweist. Er muß den Augen des Publikums auf den krähenden Befehl des Offiziers nochmals zurückgehen und die Ehrenbezeugung nachholen. Seine Frau muß zähneknirschend diese schamlose Erniedrigung mit ansehen. Sie nimmt ihn, nachdem er wieder ihr gehört, begütigend und tröstend in den Arm, führt ihn dem Heim zu. Doch das Verhängnis hat schon wieder in Gestalt eines Offiziers. Ein neues Leben. Notierung seines Namens. Er vergaß, daß es ein Krieger, der für das Vaterland kämpfte, nicht er selbst ist, Arm in Arm mit einer Frau, und wenn es die Straßenecke ist, die Straße zu passieren. Der ganze Urlaub ist vergällt.

# Optische Zugbeeinflussung

Von Ingenieur H. Dewald

Die optische Zugbeeinflussung arbeitet folgendermaßen: Vorn an der Lokomotive befindet sich ein Scheinwerfer, der dauernd ein starkes Licht nach oben wirft. Mit diesem Lichtbüschel tastet er gewissermaßen die Stellung der Signale ab. An jedem Signal ist ein Schutzrohr befestigt, das in seinem Innern einen Spiegel hat, der mit der Signaländerung seine Stellung wechselt. Führt die Lokomotive unter dem Spiegelgerät vorbei, so wirft dieses das Licht nach dem Scheinwerfer zurück. Dort trifft es auf eine lichtempfindliche Selenzelle, durch die es einen schwachen elektrischen Strom auslöst. Dieser wird verstärkt und betätigt alsdann eine Bremse oder irgendeinen anderen Apparat. Bei veränderter Stellung des Signales ist der Spiegel in eine andere Stellung gedreht. Es wird dann eine andere Selenzelle angeleuchtet, so daß man jetzt eine andere Wirkung auf der Lokomotive erreicht. Die Zahl der Zellen läßt sich beliebig vermehren.

Das Spiegelgerät, das am Signal angebracht ist, erfüllt eine sehr schwere Aufgabe. Es schickt das Licht auf den Millimeter genau nach einer bestimmten Empfangszelle zurück, unabhängig von allen Schwankungen der Lokomotive oder des Signalmastes. Trotzdem ist seine Konstruktion sehr einfach. Es besteht aus einer sehr einfachen, dreiseitigen Glaspypamide, vergleichbar etwa der abgeschnittenen Ecke eines Würfels.

Nicht einmal ein Spiegelbelag ist angebracht, die sorgfältig geschliffenen Seitenflächen dieser Glaspypamide werfen das Licht durch totale Reflexion (wie bei den Prismen der bekannten Prismenfeldstecher) zurück. Die Grundfläche dieser Pyramide, die dem Scheinwerfer zugekehrt ist, ist leicht kuglig angeschliffen. Sie wirkt so gewissermaßen als Linse und sammelt das zurückgestrahlte Licht in zwei Lichtflecken auf dem Scheinwerferdeckel, eben da, wo unter kleinen Glaslinsen die Selenzellen sitzen. Wenn der Spiegel dabei etwas schief zum Lichtkegel gehalten wird, macht das gar nichts aus, weil jeder Lichtstrahl nacheinander an jeder der drei Pyramidenflächen reflektiert wird. Die Lichtflecke rühren sich nicht von der Stelle. Nur wenn man den Spiegel um seine senkrechte Achse dreht, wandern die Lichtflecke mit im Kreis herum. Gerade das benutzt man aber, um wahlweise das eine oder andere Paar von Selenzellen anzuleuchten, die auf dem Scheinwerfer ringsum angebracht sind. Der Durchmesser dieses Kreises von Empfangszellen richtet sich nach dem Schluß des Spiegels. Verwendet man verschiedene geschliffene Spiegel, so kann man mehrere solcher Kreise mit Empfangszellen besetzen und so eine sehr große Zahl verschiedener Befehle übertragen.

Das ist ein großer Vorteil der optischen Zugbeeinflussung. Für die Zugbeeinflussung überträgt man augenblicklich nur folgende Befehle: am Vorsignal „Warnung“ — das nächste Signal steht auf Halt — und „Frei“. Am Hauptsignal „Halt“ und „Frei“.

Dadurch, daß man an jedem Signal, auch wenn es „Frei“ anzeigt, einen Befehl überträgt, überprüft man dauernd die Betriebsbereitschaft der Anlage. Später sollen auch noch andere Befehle übertragen werden, so daß die Einrichtung dann nicht nur der Sicherheit, sondern auch der schnelleren Abfertigung des Eisenbahnbetriebes dient.

Auf der Versuchsstrecke ist auch eine weitere Einrichtung erprobt worden, durch die man auf sehr einfache Weise den Zug zur Einhaltung der manchmal vorgeschriebenen Höchstgeschwindigkeit zwingen kann. Das

ist wichtig zur Sicherung von Umbaustrecken, oder in scharfen Kurven, Gefällstrecken usw. Ganz besonders dann kommt diese Einrichtung in Frage, wenn sich der Zug einem auf „Halt“ stehenden Signal nähert. Wenn er da nicht erst einige hundert Meter hinter dem Signal zu stehen kommen soll, so muß er seine Geschwindigkeit schon vorher stark mäßigen. Zur Erzwingung dieser Geschwindigkeitsverminderung ist nur die Aufstellung eines Spiegels notwendig. In das Scheinwerfergehäuse ist nämlich ein Geschwindigkeitsmesser eingebaut, dessen Zeiger eine kleine Bledscheibe (Blende) trägt. Diese hält das vom Spiegel kommende Licht auf. Wenn der Zug die richtige Geschwindigkeit einhält, dann kommt er am Spiegel ungehindert vorbei. Führt er dagegen schneller als ihm erlaubt ist, gibt sie dem Licht den Weg frei, die Selenzelle wird beleuchtet und die Bremse in Tätigkeit gesetzt. Je nach der Stellung, die man dem Spiegel gibt, erfolgt diese Freigabe bei kleineren oder größeren Geschwindigkeiten. Man ist also in der Lage, lediglich durch die Art, wie man den Spiegel anbringt, beliebige Grenzen für die Höchstgeschwindigkeit festzusetzen, und zwar auf zwei bis drei km/std. genau.

So einfach wie der Spiegel sind auch die Selenzellen, die „Augen“ des Apparates. Ein Glasplättchen von etwa Markstückgröße, mit einem hauchdünnen Überzug von Platin, der durch einen Ritz in zwei Hälften geteilt ist. (Damit das Licht gut ausgenutzt wird, ist der Ritz im Zickzack über die ganze beleuchtete Fläche geführt.) Ueber den Ritz ist das Selen gestrichen. Fällt das Licht auf die Zelle, so wird es leitend und läßt den Strom von der einen Hälfte des Platinbelages zur anderen übertreten.

Wenn das kräftige Sonnenlicht auf diese Zelle fiele, würde sie natürlich ebenfalls leitend werden und den Apparat auslösen. Sie verträgt es eben auch nicht, wenn sie direkt in die Sonne sehen soll. Deshalb sind die Spiegel so angeordnet, daß sie direkt nach oben zeigen. So hoch kommt indessen in Deutschland die Sonne am Firmament nie zu stehen. (Es wäre dann also von den beschienenen Gegenständen kein Schatten zu sehen.) Gegen das übrige zerstreute Tageslicht, das noch auf die Zellen fallen könnte, schützt man sich, indem man dem Scheinwerferlicht eine besondere Eigenschaft mitgibt. Im Scheinwerfergehäuse sitzt ein kleines Windrädchen, das an die Druckluftleitung der Lokomotive angeschlossen ist, dieses dreht eine durchlochte Scheibe und zerhackt so das ausgestrahlte Licht in etwa 600 einzelne Stöße in der Sekunde. Solches Flimmerlicht kommt in der Natur nirgends vor. Seine Wirkung auf die Selenzelle wird von der des zerstreuten Tageslichtes durch eine einfache elektrische Schaltung leicht unterschieden.

Wie ist es aber nun bei Nebel oder schlechtem Wetter? Auch hierüber liegen zahlreiche günstig verlaufene Versuche vor. Die Spiegel sind durch ein Schutzrohr, das an der unteren Seite offen ist, vor Ruß, Schnee und Rauhreif geschützt. Sie haben die vergangenen ungewöhnlich strengen Winter ohne Versager überstanden. Eine besondere Reinigung hat sich als überflüssig erwiesen. Der Lokomotivscheinwerfer wird durch eine eingebaute Heizung schnee- und eisfrei gehalten. Auch Nebel und Schneetreiben vermögen die Wirkung nicht zu behindern, denn das Scheinwerferlicht ist so kräftig, daß es auf jeden Fall den erforderlichen Weg von etwa 6 m durchdringt.

Nach Beendigung des Massenmordes kommt er zurück. Später wird er Mitglied des — Stahlhelms. — Rätsel Mensch!

Im Frieden, in der Garnison, herrschte der blinde Gehorsam, der im Kriege noch schärfer zum Ausdruck kam. Oberleutnant Schacht hatte bei einer Uebung Reservisten und Landwehrlente bis aufs Blut geschliffen, mit Schmäreden aufgepeitscht, die Männlichkeit in den Schmutz gezerrt.

„Hinlegen! Geladen!“ So schallt laut und scharf das Kommando. Seinem Pferde die Sporen gebend, reitet der Oberleutnant vor den Mündungen der scharfgeladenen Gewehre vorbei. Festgefrorenes Lächeln im Gesicht. Weiß er doch, obwohl er die Wut der Mannschaft bis aufs äußerste gepeitscht hatte, daß es keiner wagen würde, auf ihn anzulegen. Es geschah auch nichts. Hätte es einer wirklich gewagt, so wäre er verloren gewesen, denn daß alle wie ein Mann geschwiegen und den Kameraden nicht verraten hätten, ist ausgeschlossen.

Ein Offizier hätte eine ganze Kolonne, Mann für Mann erschossen können, keiner hätte gemerkt. Das Sklavische im Menschen, insonderheit in Uniform, unterstützt den blinden Gehorsam.

Und doch ist alles möglich. Die Revolution hat es gezeigt. Da hatte ein krähender Leutnantsruf keine Wirkung, keine Macht; man riß ihm die Achselstücke herab.

Was und wie ist der Mensch? Ein Problem? Man könnte behaupten, daß viele, die bei der Revolution aktiv vorgingen, bei einem neuen Kriege in das Hurrageschrei mit einstimmen und sich wie Sklaven in das Feuer jagen lassen. Ist der Stahlhelmsverband nicht ein Beispiel dafür? Krieger lassen sich von ehemaligen Offizieren führen und dazu verleiten, gegen die Verfassung zu demonstrieren.

Der Schriftsteller Robert Walter schreibt in seinem Roman „Löffler“: „Für einen Krieg finden sich hundert Gründe, die man dem Volk eintrichtert“. Ferner: „Die Kanaille nennt sich Patrioten und die Kanaille aller Länder applaudiert“.

Man zerbricht sich den Kopf über die Abrüstung. Es findet sich scheinbar keine Lösung. Und wie einfach: Einig sein! Den Krieg verlaten, Mobilmachung britisieren! Mögen sich die Patrioten selbst melden. Aber —? Siehe oben: Hundert Gründe werden gefunden und vielleicht genügt einer, das Volk, die Masse wieder künstlich aufzupeitschen, um wieder sagen zu können: Und alle, alle kamen! — Rätsel Mensch!

# An alle, die Redner werden wollen?

Glaube nicht, immer sprechen zu müssen; laß manche Gelegenheit vorbeigehen und sprich nie am demütigen, sondern immer einer erheblichen Sache wegen! Studiere die Menschen, nicht, um sie zu überlisten und auszubenten, sondern um das Gute in ihnen aufzuwecken und in Bewegung zu setzen, und glaube mir: viele, die dir zuhören, werden oft besser und klüger sein als du, der da sprichst. Wirke nie mit Trugschlüssen und kleinlichen Spitzfindigkeiten, mit denen man nur die Spreuer bewegt; den Kern des Volkes rührst du nur mit der vollen Wucht der Wahrheit an. Darum buhle nicht um den Beifall der Lärmenden und Unruhigen, sondern sieh auf die Gelassenen und Festen unentwegt. Gleichmäßig bilde deine Kenntnisse aus und bereichere deine Grundlagen, daß du nicht in leere Worte verfallst! Wenn du einen glücklichen Gedanken hast, so sprich nicht, um diesen anzubringen, sondern lege ihn zurück; die Gelegenheit kommt immer wieder, wo du ihn reifer und besser verwenden kannst. Nimm dir aber ein anderer diesen Gedanken vorweg, so freue dich darüber, statt dich zu ärgern; denn es ist ein Beweis, daß du das Allgemeine gedacht und gefühlt hast. Bilde deinen Geist und überwache deine Gemütsart und studiere an anderen Rednern den Unterschied zwischen einem bloßen Maulhelden und zwischen einem wahrhaftigen und gemütreichen Manne! Reise nicht im Lande herum und laufe auf alle Gassen, sondern gewöhne dich, von der Feste deines Hauses aus und inmitten bewährter Freunde den Wettlauf zu verstehen; dann wirst du mit mehr Weisheit zur Zeit des Handelns auftreten als die Jagdhunde und Landläufer.

Wenn du sprichst, so sprich weder wie ein witziger Hausknecht noch wie ein tragischer Schauspieler, sondern halte dein gutes natürliches Wesen ein, und dann sprich immer aus diesem heraus: Ziere dich nicht, wirf dich nicht in Positur; blick, bevor du beginnst, nicht herum wie ein Feldmarschall oder gar die Versammlung belauernd! Sag nicht, du seiest nicht vorbereitet, wenn du es bist; denn man wird deine Weisheit kennen und es sogleich merken! Und wenn du gesprochen hast, so geh nicht herum, Beifall einzusammeln; strahle nicht von Selbstzufriedenheit, sondern setze dich still an deinen Platz und horch aufmerksam dem folgenden Redner. Die Grobheit spare wie Gold, damit, wenn du sie in gerechter Entrüstung einmal hervorkehrst, es ein Ereignis sei und den Gegner wie ein unvorhergesehener Blitzstrahl treffe! Wenn du aber denkst, je wieder mit einem Gegner zusammenzugehen und gemeinsam mit ihm zu wirken, so hüte dich davor, ihm im Zorn das Äußerste zu sagen, damit das Volk nicht rufe: „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich!“

Gottfried Keller.



# VERBANDSLEBEN



## Betriebszeitungen und ihre Verantwortlichen

Im Wahlkampf zum Sächsischen Landtag in diesem Jahr gaben die Kommunisten für den Betrieb des Sachsenwerkes in Radeberg eine Zeitung heraus, welche die Ueberschrift trug: „Der Sachsenwerk-Prolet“. Für Druck und Verlag zeichnete verantwortlich: E. Fischer, Dresden-N. 6. Nach Rückfrage erhielten wir den Bescheid, daß dieser Fischer im dortigen Bezirk unbekannt sei. Einige Wochen später brachten wir in Erfahrung, daß dieser E. Fischer schon ein halbes Jahr vor Erscheinen des „Sachsenwerk-Prolet“ gestorben war. Es stellte sich heraus, daß der bereits Verstorbene für weitere drei solcher Zeitungen „verantwortlich“ zeichnete. Die führenden Funktionäre der Gewerkschaften sowie der Sozialdemokratischen Partei müssen sich von anonymen Schmierfinken durch den Schmutz ziehen lassen, ohne Gelegenheit zu haben, Unwahrheiten richtigzustellen. Man bedient sich der Namen Verstorbener, um nicht vor Gericht den geforderten Wahrheitsbeweis antreten zu müssen. Das kennzeichnet die „revolutionäre“ Haltung der Kommunisten. Ihre Tätigkeit besteht in der Verunglimpfung der eigenen Klassengenossen.

Zur bevorstehenden Reichstagswahl soll eine neue „Betriebszeitung“ herausgegeben werden. Die Bespitzelung des Betriebsratsvorsitzenden, welcher der SPD. angehört, nimmt ihren Fortgang. In einer besonderen Kommission soll alles Material gegen ihn sowie gegen die Anhänger „reformistischer“ Gewerkschaftsbürokratie gesammelt werden. Die Suche nach „belastendem“ Material war recht mühevoll. Sie konnten nichts finden. Aus dieser Verlegenheit half ihnen der Betriebsrat, indem er den Kommunisten fingiertes Material selbst in die Hände spielte. Darin waren folgende Stichworte zu lesen: „Geheime Sitzung am 18. August. Anwesend: Landtagsabgeordneter E. und Reichstagsabgeordneter S. Der Leiter unseres Wohlfahrtsamtes P. B. und verschiedene andere. Kommunisten Polizei überwachen. Druckmaschine beschlagnahmen. Kommunistische Erwerbslosenrat überwachen“, und verschiedenes mehr. Den Kommunisten fuhr der Schreck in die Glieder. In derselben Nacht wurde die Druckmaschine in eine andere Wohnung gebracht. Seit dieser Zeit wechseln sie alle zwei Nächte ihren Besitzer. Wir beobachteten lächelnd diese Angsttransporte. Dem Betriebsratsvorsitzenden gegenüber mimten sie den starken Mann. „Einwandfreies Material, im Originaltext“ so triumphierten sie im Betrieb. „Sozialdemokraten liefern Kommunisten der Kriminalpolizei aus“ war die Schlagzeile der Betriebszeitung, die sofort in Druck gegeben wurde. Wir haben ihnen die Freude verdorben, indem wir unser „belastendes Material“ selbst veröffentlichten. In den Reihen der Kommunisten ging es wild durcheinander. Sie gaben sich die größte Mühe, den Vertreter in ihren eigenen Reihen zu suchen. So führen sie den Kampf gegen die eigenen Klassengenossen und das nennen sie Einheitsfront. Mit solchen Funktionären werden sie nie die Achtung und das Vertrauen der proletarischen Klassen erringen. Welche Aufgabe erwächst uns daraus? Wir dürfen nie müde werden, solche Vorkommnisse unseren Klassengenossen zu unterbreiten. Es ist der Beweis, gegen wen der „Klassenkampf“ geführt wird. Wir lehnen es ab, uns mit Kommunisten auf eine Stufe zu stellen, denen die verwerflichsten Mittel recht sind, um ihre Parteigeschäfte zu machen. Im ehrlichen Ringen um die Achtung der proletarischen Klasse sind die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie groß geworden. Hier schlummern die Kräfte für den Sieg der arbeitenden Menschheit. Ihr gilt unsere Freizeut, damit am 14. September unsere Arbeit von Erfolg gekrönt sei.

K. Fabian.

## „Die Zünfte von 1930“

Unter diesem Titel veröffentlichte unlängst Ernst Rosenberg im „Berliner Tageblatt“ einen sehr lesenswerten Aufsatz. Rosenberg weist darauf hin, daß vor hundert Jahren in Deutschland noch 300 selbständige Gebiete bestanden, die ihre eigene Wirtschaftspolitik trieben und sich durch Zollschranken voneinander abschlossen. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Nöte würden die alten Zollschranken wieder eröffnet und die Einheit des deutschen Wirtschaftsgebietes wieder beseitigt. Man müde den Gemeinden große Wohlfahrtslasten zu, denen sie nicht gewachsen seien. Jede Stadtverwaltung glaube, die in ihrem Gebiet herrschende Arbeitslosigkeit dadurch vermindern zu können, daß sie für die Ausfuhr ihrer öffentlichen Aufträge die Verwendung ausschließlich einheimischer Fabrikate vorschreibe. Durch diese Wirtschaftspolitik auf eigene Faust sei es so weit gekommen, daß fast jede deutsche Stadt sich von der anderen absperrte und die Verwendung ortsfremder Fabrikate nicht zulasse. So sei z. B. ein Berliner Fabrikant heute nicht mehr imstande, seine Erzeugnisse in Düsseldorf, München oder Breslau abzusetzen; denn die Auftragsvergebung der Städte erfolge ohne Rücksicht auf Preis und Güte lediglich nach dem Gesichtspunkt der einseitigen Bevorzugung heimischer Industrien!

Aber nicht allein die Großstädte, auch mittlere und kleinere Orte hätten sich diesem Verfahren angeschlossen. Dadurch seien unzahlbare Zustände geschaffen worden, deren Schäden die Allgemeinheit zu tragen hätte. Fast jede Stadt beherrschte Industrie, die ihrerseits wieder auf den Absatz in anderen Städten angewiesen seien. Diese Industrien würden aber schon in der Nachbarschaft als „feinliches Ausland“ angesehen. So könne die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich, als Ganzes betrachtet, nie und nimmer bekämpft werden. Durch diese lokale Absperrungspolitik würden sich die Gemeinden selbst schädigen.

Neuerdings hätten viele Stadtverwaltungen sogar Vorschriften erlassen, wonach sogar das Material für städtische Aufträge, das gar nicht in der betreffenden Stadt fabriziert wird, nur durch eine ortsanässige Firma geliefert werden dürfe. Der einheimische Zwischenhandel werde wieder eingeschaltet. Die Stadtverwaltungen sollten darauf sehen, daß jede Verengung öffentlicher mit privaten Belangen nach Möglichkeit ausgeschlossen und nur durch einen wirklich weitgehenden, unbehinderten, öffentlichen Wettbewerb die Auswahl der vorzüglichsten Fabrikate zu den billigsten Preisen gesichert werde. Wie immer, sei auch hier der Steuerzahler schließlich der Leidtragende. Den Erparnissen an Arbeitslosenunterstützung, die die Städte zu erzielen glaubten, ständen auf der anderen Seite wieder größere Mehrausgaben gegenüber, wenn der Wettbewerb sich nur auf einen kleinen Kreis einheimischer Gewerbetreibender beschränke. Deshalb sei schleunigste Abkehr von diesen mittelalterlichen Methoden dringend erforderlich.

Die Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit ein einheitliches Problem für das ganze Deutsche Reich darstelle, und daß nur seiner Lösung Reich, Länder und Gemeinden im Sinne eines gerechten Ausgleiches mitwirken hätten, müsse sich

Bahn brechen. Eine Reform des gesamten Arbeitslosenwesens sei die unerläßliche Voraussetzung der bisherigen reinen Lokalpolitik der Stadtverwaltungen. Die Freiheit des Handels und Gewerbes, die nach der Verfassung gewährleistet sei, müsse wieder hergestellt werden.

Im Grunde hat Rosenberg jedenfalls recht. Die Not der Zeit zwingt die Städte dazu, für die Beschäftigung einheimischer Arbeiter in erster Linie Sorge zu tragen. In manchen Städten hat man sogar der Industrie Mittel zur Verfügung gestellt, um die örtliche Produktion aufrechtzuerhalten. Trotzdem wehren sich heute noch Unternehmer gegen die Zumutung, die Einstellung von Arbeitskräften nur durch den örtlichen Arbeitsnachweis vorzunehmen. Sie wollen eben „freie Hand“ haben, verlangen aber die städtische Unterstützung in jeder Form. Richtig ist auch, daß seit Jahren viele Städte dazu übergegangen sind, sogenannte Verdingungsabteilungen einzurichten. Industrie-, Handels- und Handwerkskammern wachen ängstlich darüber, daß kein Auftrag der Stadt an auswärtige Firmen vergeben wird. Sie weisen immer auf die örtlichen höheren Tariflöhne hin und wollen die billige Konkurrenz der kleinen Orte vermeiden. Neuerdings haben sich auch einzelne Betriebsräte größerer Firmen dieser Frage angenommen und wünschen, daß möglichst alle Arbeiten örtlich vergeben werden, um Entlassungen zu verhüten. Auch dieses Vorgehen ist aus der Not der Zeit geboren, und es riecht in der Tat, wie Herr Rosenberg meint, nach „Zünften“.

## Holland

Die große Arbeitslosigkeit in Deutschland veranlaßt viele Mitglieder, irgendwo im besser gestellten Auslande ein Unterkommen zu suchen. Das auch Holland das Ziel vieler reisender Kollegen ist, erscheint wohl verständlich, obwohl auch dort die Arbeiterschaft nicht auf Rosen gebettet ist. Es besteht aber Veranlassung, unsere Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, daß der holländische Bruderverband keine Reiseunterstützung zahlt. Unsere Mitglieder müssen sich vorher damit vertraut machen und dürfen in der Ablehnung der Unterstützung keine Unfreundlichkeit erblicken. Die Mitglieder unseres Verbandes haben in Holland keinen Anspruch auf Reisegeld. Das muß beachtet werden.

Noch zahlreicher als die Reisenden sind die brieflichen Anfragen an den holländischen Metallarbeiterverband. Aber der Verband kann Anfragen nur beantworten, wenn sie vom DMV. gestellt werden. Einzelanfragen, meistens noch ohne Ausweis über Verbandszugehörigkeit, werden nicht beantwortet. Der Verkehr zwischen den einzelnen Landesverbänden geht über die Vorstände. Die Kollegen und die Ortsverwaltungen müssen auch dieses beachten. Anfragen sind deshalb immer an den Vorstand des eigenen Verbandes zu richten.

## Warnung vor Arbeitsannahme in Steiermark

In süddeutschen Zeitungen sind in letzter Zeit Werkzeugmacher für Schnitt- und Lehrenbau nach Steyr in Oberösterreich gesücht worden. Wir machen darauf aufmerksam, daß in Oesterreich viele Hunderte geschulte Arbeiter dieser Berufsart arbeitslos sind, so daß die österreichischen Unternehmer es nicht nötig haben, in Deutschland Arbeiter zu suchen. Es kann sich bei diesen Arbeitsgesuchen nur darum handeln, mit dem Hinweis auf die eingelaufenen Gesuche einen Druck auf die ortsanässigen Werkzeugmacher auszuüben, um diese für die „Gelbe Gewerkschaft“ willfährig zu machen.

## Richard Böhme-Zeulenroda †

Zwei Tage vor seinem 60. Geburtstag starb Kollege Böhme, der seit 1911 Geschäftsführer unseres Verbandes war. Ein tüchtiges Leiden machte ihn vor zwei Jahren schon arbeitsunfähig, die im Sanatorium gesuchte Heilung blieb aus. Ein hartes Arbeiterleben ging in schwerer Krankheit zu Ende. Böhme war einer der Alten, die unermüdet und uneigennützig für die Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit wirkten. 1897 trat er unserem Verband als Mitglied bei und an dem Aufblühen der Verwaltungsstelle Zeulenroda hat der Verstorbene starken persönlichen Anteil. Als Revisor trat er in die Ortsverwaltung ein, wirkte dann manches Jahr als ehrenamtlicher Bevollmächtigter und wurde 1911 als besoldeter Geschäftsführer angestellt. In seinem Ort wirkte er auch in politischen Ämtern, so war er eine Zeitlang Expedit der „Reutischen Volkszeitung“, dann Mitglied der Pressekommission dieser Zeitung. Bis in den Krieg hinein war er Vorsitzender der Ortskrankenkasse. Ein Herzleiden zwang ihn in den späteren Jahren zu etwas Schonung. Nun ist der unermüdete seinem Leiden erlegen. Die Kollegen werden dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

## SCHRIFTENSCHAU

Kampf gegen die „Bonzen“. Der Kampf gegen die „Bonzen“ und das „Bonzenium“ beginnt zur großen Mode im deutschen politischen Leben zu werden. Keine Führerschaft ist in den letzten Jahren derart angefeindet und mit Schmutz beworfen worden, wie das der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft. Indifferente Spieler, grüne Nazi- oder Roffrontlämmel, aber auch allerlei Literaten, mit und ohne Ruf, mit spitzer oder ungewandter Feder, die von ihrem Schreibtisch aus Politik machen, jeder erlaubt sich ein Urteil über die „Bonzen“. In Nr. 2 der „Vierteljahrshefte der Berliner Gewerkschaftsschule“ (herausgegeben von der Berliner Gewerkschaftsschule, Berlin SO 16, Engelufer 24. Preis: Einzelheft 1 M.) beleuchtet Fritz Fricke den von allen Seiten geführten Kampf gegen die „Bonzen“ und führt ihn auf das zurück, was ihm Anstoß und Grundlage gibt, nämlich auf den Kampf gegen die moderne Arbeiterbewegung selbst. Aber auch mit den Stimmen im eigenen Lager setzt sich Fricke auseinander und schildert dann weiter die soziologische Bedingtheit des heutigen gewerkschaftlichen Führertums. Er behandelt weiter die Frage: Führerschaft und Bürokratie und kommt zu dem Schluß: Man sagt: „Kampf den Bonzen“ und meint Kampf der Arbeitnehmerschaft.“ Es wäre zu wünschen, daß dieser Artikel weiten Kreisen der Kollegen zugänglich gemacht wird. Das Heft enthält außerdem noch den Bericht der Berliner Gewerkschaftsschule für das Jahr 1929/30.

Galvanotechnische Kurse. Die Abteilung für Galvanotechnik und Metallfärbung der Staatlichen Höheren Fachschule in Schwäbisch-Gmünd war im Sommerhalbjahr voll besetzt. Die Anmeldungen zu den Meister- und Fortbildungskursen konnten nicht alle berücksichtigt werden, so daß eine Wiederholung des Kurses: „Rostschützende Niederschläge“ (Ver-

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Mit Sonntag, dem 7. September, ist der 37. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. September 1930 fällig.

Wahl des Vorstandes durch den 19. Verbandstag.

Der Vorstand besteht nach § 25 Abs. 1 des Verbandsstatuts aus zwei Vorsitzenden, zwei Kassierern, vier Sekretären und acht unbesoldeten Beisitzern. — Auf dem Verbandstag in Berlin wurden am 22. August 1930 gewählt als

Vorsitzende: Alwin Brandes, Schlosser;  
Georg Reichel, Klempner.

Kassierer: Ernst Schäfer, Dreher; Karl Schott, Graveur

Sekretäre: Otto Handke, Dreher; Franz Metz, Heizungsmonteur; Heinrich Schliestedt, Schlosser; Otto Tost, Dreher.

Beisitzer: Max Aschenbrenner, Maschinenschlosser; Erich Lübke, Dreher; Max Ring, Dreher; Franz Roock, Wickler; Josef Rofner, Werkzeugmacher; Max Simon, Dreher; Erich Tunkowski, Dreher; Heinrich Vaßmann, Maschinenschlosser.

Gemäß § 25 Abs. 3 des Verbandsstatuts gilt diese Bekanntmachung als Legitimation des Vorstandes.

## Aufforderung zur Rechtfertigung!

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzusenden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Villingen: Das Mitglied Robert Dittrich, geb. in Schweidnitz, Mitgliedsbuch Nr. 1961 173? Dittrich hat über den Reisegeldauszahler in Villingen falsche Anschuldigungen verbreitet.

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 6471 493, lautend auf den Maschinenschlosser Erich Elschner, geb. am 20. Februar 1910 zu Mülhausen i. Th. (Schwabach).

Gestohlen wurden in Varel folgende Mitgliedsbücher: 3047 715 Oetken, Ernst, Maschinenbauer, geb. 25. 7. 1876 zu Varel; 3047 716 Wilken, Heinrich, Met.-Arb., geb. 21. 9. 1894 zu Ethorn; 3047 717 Bültner, Gerhard, Schlosser, geb. 12. 12. 1895 zu Neuende; 3047 765 Duden, Ernst, Dreher, geb. 19. 9. 1885 zu Sande; 6228 000 Janßen, Wilhelm, Schlosser, geb. 22. 5. 1915 zu Varel; 6686 801 Bruns, Johann, geb. 4. 7. 1915 zu ????

Gestohlen wurden: Mitgliedsbuch Nr. 5892 452, lautend auf den Klempner Waldemar Mattheesen, geb. am 22. Mai 1911 zu Rüstringen. (Wilhelmshaven-Rüstringen.)

Mitgliedsbuch Nr. 5536 452, lautend auf den Klempner Herbert Ziegenhals, geb. am 13. März 1911 zu Dresden (Zwickau).

In der Verwaltungsstelle Friedrichsroda wird bis auf weiteres kein Lokalgeschenk mehr gezahlt. Ein Aufsuchen des Kassiers in der Wohnung ist deshalb vollständig zwecklos.

## Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuzahlen!

von Carosseriearbeitern aller Branchen nach Basel St.; von Metallrüdern nach St. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.; von Silberarbeitern nach Burgdorf i. Hann. A. u. St.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

nicklung, Verchromung, Verkadmierung) in der Zeit vom 6. bis 11. Oktober vorgesehen ist, für die noch Anmeldungen entgegengenommen werden.

Film und Funk. 79 Seiten. Preis 1,50 M. Verlag Sozialistischer Kulturbund, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. — Film und Funk, die beiden modernsten Mittel der Massenpropaganda, bedeuten auch für die Arbeiterbewegung, insbesondere für ihre Kultur- und Werbearbeit, unwägbare Neuerungen. Die Fülle der Aufgaben, die auf Lösung harren, haben den Sozialistischen Kulturbund veranlaßt, auf seiner Tagung Ende September 1929 in Frankfurt a. M. diese Fragen zur Aussprache zu stellen. Vorträge und Aussprachen liegen nunmehr gedruckt vor und lassen erkennen, wieviel wertvolle Arbeit die Tagung geleistet hat. Eine Reihe anerkannter Redner haben zur Sache Stellung genommen. Das Buch gehört in die Hände aller, die Anregungen auf lange Zeit finden werden.

Friedrichs Illustrierte Baustofflehre für Schule und Praxis. Bearbeitet von Studienrat Karl Friedrich, Architekt in Heidelberg; Gewerbeschulldirektor Alfred Molitor, Stadtbaumeister in Ladenburg; Dipl.-Ing. Georg Petri, Gewerbeschullassessor, Bruchsal. Band III: Die Baumaterialien. Mit vielen Abbildungen. Preis kertoniert 3,50 M., gebunden 4,50 M. Heidelberg 1930. Verlag von J. Hörning, Heidelberg.

Werkzeuge und Werkzeugmaschinen. Von H. Behr. Selbstunterrichtswerk nach dem Lehrsystem Karnack-Hachfeld. 18 Briefe je 1 M. Verlag Bonnes u. Hachfeld, Potsdam, Am Neustädter Tor. Bis jetzt liegen zwei Hefte vor, die erkennen lassen, daß der schwierige Stoff in systematischer und leichtverständlicher Weise behandelt worden ist. Im ersten Lehrbrief werden die grundlegenden Betrachtungen über Werkzeuge und Schnittwinkel, die Lage des Werkzeugs zum Werkstück gebracht und dann die Uebersetzungsverhältnisse im allgemeinen und an der Drehbank unter Besprechung eines Getriebes behandelt. Der zweite befaßt sich mit dem Gemwineschneiden, wobei verschiedene Besprechungsmethoden gezeigt werden.

# Hansa-Lloyd nach der Sanierung

## Auf je drei Arbeiter ein Lehrling

Von Julius Fries

Vor wenigen Jahren wollte es die Hansa-Lloyd-Werke AG, Bremen, noch mit Ford aufnehmen. In Flugschriften und Bilderbogen wurde darauf hingewiesen, daß der Hansa-Lloyd-Schlepper viel leistungsfähiger sei als der Fordson-Schlepper. Vor wenigen Jahren waren auch noch 2000 Arbeiter beschäftigt. Dann aber wurde die Fabrik auf Fließmethoden umgestellt und jetzt sind nach Bekanntgabe in der Generalversammlung vom 11. August nur noch 500 bis 600 Arbeiter (genau konnte man sie wohl nicht zählen?) und — 180 Lehrlinge beschäftigt. Auf jeden dritten Arbeiter kommt also ein Lehrling! In der Generalversammlung wurde zugegeben, daß die Zahl der Lehrlinge zu hoch ist und zur Entschuldigung bemerkt, man habe diese Lehrlinge nicht gleich entsprechend abbauen können, weil dem die Lehrverträge entgegenstehen. Am 30. Juni 1929 waren noch rund 1700 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, im letzten Jahre sind also rund zwei Drittel der Belegschaft abgebaut worden. Es werden jetzt täglich 5½ Lastwagen hergestellt und außerdem noch einige Personenwagen. Der Abstand zu Ford ist also recht groß.

Die Aktien der Hansa-Lloyd-Werke, die in der Inflationszeit, wo die Gesellschaft noch Werke in Varel (Oldenburg) und in Bielefeld betrieb, ein besonders beliebtes Spekulationspapier waren, werden seit dem Jahre 1927 an den Börsen amtlich nicht mehr gehandelt und nur auf dem Markte für unnotierte Werte umgesetzt. Trotzdem ist die Kursentwicklung beachtend. Während Ende des Jahres 1928 die Aktien noch mit 57 vH bewertet wurden, war der Kurs Ende 1929 auf ganze 6 vH gesunken. Heute wird der Kurs wieder mit rund 16 vH genannt. Seit der Umstellung auf Goldmark hat Hansa-Lloyd das Aktienkapital schon zweimal zusammenlegen müssen. Das Jahr 1926, also das Jahr nach der Umstellung auf Fließarbeit, in dem nur etwas mehr als die Hälfte des vorjährigen Umsatzes erzielt werden konnte, schloß mit einem Verlust von 2,16 Millionen Mark. Im Mai 1927 wurde dann das damals 4,8 Millionen betragende Aktienkapital im Verhältnis 4 zu 3 auf 3,6 Millionen Mark herabgesetzt und gleichzeitig die 10 000-M-Vorzugsaktien in Stammaktien umgewandelt. Weiter wurde dann das Aktienkapital durch Neueinzahlungen um 1,79 Millionen Mark erhöht und betrug seitdem 5,4 Millionen Mark. Im Januar 1929 wurde dann das Kapital sogar auf den zehnten Teil, also auf 540 000 M herabgesetzt und durch Neueinzahlungen, die von den beteiligten Banken übernommen wurden, wieder auf 3 Millionen Mark gebracht. Die Banken haben aber diesen Betrag nicht etwa in gutem baren Geld hingegeben, sondern die hypothekarisch gesicherte Obligationenleihe von 2,4 Millionen Mark getilgt. Neue Mittel flossen der Gesellschaft hierdurch also nicht zu. Die Banken stellten vielmehr ein neues langfristiges Darlehen in Höhe von 2 Millionen Mark zur Verfügung. Man hätte es also ruhig beim alten lassen sollen, den Banken liegt aber an den Zinsen und Provisionen, die bei diesem Geschäft kleben bleiben.

Eine Dividende hat es seit der Goldmarkumstellung nur zweimal gegeben, einmal 1924 in Höhe von 8 vH und im Jahre 1927 in Höhe von 4 vH. Begreiflicherweise waren die Kleinaktionäre empört über die kurz aufeinanderfolgenden Kapitalherabsetzungen. In der Generalversammlung vom Januar 1930 rechnete ein Aktionär der Verwaltung vor, daß den Aktionären nur noch 2½ vH des Aktienkapitals verblieben sind. Derselbe Aktionär, ein wohlunterrichteter Börsenmakler, betonte gleichzeitig, daß hier wieder einmal die Großaktionäre sich auf Kosten der Kleinaktionäre einen Sondergewinn zu verschaffen wußten. Ihm sei bekannt geworden, daß Großaktionäre vor längerer Zeit einen Posten Aktien übernommen hätten, durch dessen Besitz sie erst in die Lage gekommen wären, ihr Ziel zu erreichen und die Kleinaktionäre zu drücken. Der Aktionär wies weiter in diesem Zusammenhange darauf hin, daß bei Hansa-Lloyd unverhältnismäßig hohe Direktorengehälter gezahlt werden. Die alten Direktoren sind damals abgesetzt und durch solche ersetzt worden, die den neuen Großaktionären nahe stehen. Aufsichtsratsvorsitzender ist der Präsident des Norddeutschen Lloyd, Generaldirektor Heineken, außerdem gehören Vertreter der Schröder-Bank, der Deutschen Bank, der Darmstädter und Nationalbank und des Bankhauses Bleichröder dem Aufsichtsrat an. Jetzt wurde unter anderen ein Vertreter der Knorrbremse, Berlin, in den Aufsichtsrat entsandt. Von der Verwaltung wurden genaue Zahlen über die Höhe der Vorstandsbezüge nicht angegeben, sondern dem anfragenden Aktionär nur entgegnet, daß die Vorstandsgehälter sich „im Rahmen des Üblichen halten“ (was ja eigentlich gerade zu beanstanden ist). Bei Hansa-Lloyd liegen diese Bezüge aber angeblich darunter (unter dem Üblichen nämlich), weil die Herren mit Rücksicht auf die schlechte Geschäftslage ihre Ansprüche schon zurückgestellt haben. Zahlen aber werden verschwiegen und das sagt genug.

Der jetzt vorgelegte Abschluß vom 31. Dezember 1929 nimmt die erste im Januar 1930 erfolgte Kapitalherabsetzung und Kapitalerhöhung vorweg, das Aktienkapital ist in dieser Bilanz bereits mit 5 Millionen Mark ein- gesetzt. Durch die letzte Kapitalherabsetzung ergab sich ein Budgetgewinn von 4,86 Millionen Mark. Hiervon sind die Kosten der Kapitalerhöhung (Vater Staat will auch etwas abbauen) abzuziehen, ebenso waren die Kosten der jetzt getilgten Obligationenleihe von 1927 in Abzug zu bringen (hier machen die Banken ihren Schnitt). Es verblieb dann ein Budgetgewinn von rund 4,5 Millionen Mark. Daneben wurde der Reservefonds in Höhe von 1,1 Millionen Mark und sogar der Wohlfahrtsfonds, der 100 000 M betragen hatte, aufgelöst. Weiter waren noch 150 000 M aus dem Jahre 1928 in neuer Rechnung vorzutragen, der Gesamtbetrag, der hier verpulvert wurde, machte also zusammen 5,8 Millionen

Mark aus. Hiervon wurde der Betriebsverlust des Jahres 1929 gedeckt, dessen Höhe durch die erwähnte Vorwegnahme der Kapitalerhöhung nicht ersichtlich wird. Weiter wurden Abschreibungen auf Vorräte und Anlagen vorgenommen. Die Vorräte, die diesmal nicht einmal mehr in Rohmaterialien und Halb- und Fertigfabrikate gegliedert sind, stehen jetzt mit 4,95 gegen 8,6 Millionen Mark das letztmal zu Buch. Ebenso sind erhebliche Abschreibungen auf die Außenstände vorgenommen worden, die diesmal zusammen mit Bankguthaben und Anzahlungen mit nur 870 000 M gegen 2,14 Millionen Mark im Vorjahre ausgewiesen werden. Diese Bilanzierungsmethode verfolgt natürlich den Zweck, einen genaueren Einblick in die Lage der Gesellschaft zu erschweren. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist sogar, nachdem der bilanzmäßige Verlust abgedeckt ist, einen Betriebsgewinn von 2,48 Millionen Mark aus. Geschäftskosten, Zinsen, Steuern und soziale Lasten haben 1,62 Millionen Mark gegen 1,35 Millionen Mark im Vorjahre betragen. Für offene Abschreibungen werden etwas über 1 Million Mark verbraucht gegen 402 000 M im Vorjahre. Berücksichtigen wir, daß für eine Dividende von 6 vH bei einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark ganze 180 000 M erforderlich wären, so gewinnen diese Zahlen das richtige Gewicht. Nicht un-

erwähnt soll auch bleiben, daß der Posten „Waren-gläubiger, Anzahlungen und Wechselverbindlichkeiten“ diesmal nur 4,89 Millionen Mark beträgt gegen 6,24 Millionen Mark im Vorjahre. Einen besonderen Ausweis über die Höhe der Kundschaftsanzahlungen unterläßt man, trotzdem im Vorjahre Anzahlungen der Kundschaft mit nicht weniger als 2,12 Millionen Mark ausgewiesen waren. Die Aktionäre können sich also nach dieser Bilanz und dem keine Erläuterungen gebenden Geschäftsbericht kein Bild davon machen, ob sie in absehbarer Zeit noch einmal werden bluten müssen. Noch weniger aber kann die Arbeiterschaft sehen, ob wenigstens für den verbliebenen Rest der Belegschaft mit dauernder Beschäftigung zu rechnen ist. In der Generalversammlung wurde zwar verkündet, daß in absehbarer Zeit mit Arbeiterentlassungen nicht zu rechnen sei. Irgendwelche Rückstellungen, um die Arbeiterschaft über schlechte Zeiten durchzuhalten, hat man aber nicht für nötig befunden. Ueber den Geschäftsgang im laufenden Jahre, von dem inzwischen bereits acht Monate verlossen sind, hieß es im Geschäftsbericht etwas unklar, daß man mit Rücksicht auf die schlechte allgemeine Wirtschaftslage bislang zufrieden sei. In der Generalversammlung wurde diese Angabe dahin ergänzt, daß die Gesellschaft jetzt nicht mehr mit Verlust arbeite, daß sich seit Anfang dieses Jahres Verlust und Gewinn ausgleichen und daß für das laufende Geschäftsjahr eher mit einem kleinen Uberschuß als mit einem Verlust zu rechnen sei. Im übrigen habe der alte Vorstand noch Forderungen, die das laufende Jahr noch belasten, anscheinend sind fette Abfindungen gemeint. Man sieht, den Seinen gibts der Herr im Schlaf, selbst wenn das Werk in Grund und Boden gewirtschaftet ist.

# Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes

Von Hanns Hoeschen-Dortmund

Ueber die wirtschaftliche Bedeutung des Ruhrgebiets, d. h. des Landes zwischen Ruhr, Lippe und Rhein, brauche ich mich gerade an dieser Stelle nicht weit-schweifig zu äußern, sondern sie nur durch Anführen weniger Zahlen andeuten:

|                               | Reich:      | Ruhrgebiet: | vH   |
|-------------------------------|-------------|-------------|------|
| Bodenfläche qkm . . . . .     | 472 000     | 3 000       | 0,64 |
| Bevölkerung . . . . .         | 63 000 000  | 4 000 000   | 7    |
| Steinkohlevorräte . . . . .   | 78 000      | 55 000      | 71   |
| Steinkohlegewinnung . . . . . | 153 600 000 | 118 000 000 | 77   |
| Kokserzeugung . . . . .       | 32 300 000  | 28 200 000  | 88   |
| Roheisenerzeugung . . . . .   | 13 100 000  | 10 350 000  | 71   |
| Rohstahlerzeugung . . . . .   | 16 100 000  | 12 980 000  | 78   |

Es muß betont werden, daß die planmäßige wirtschaftliche Erschließung des Ruhrgebietes erst vor fünfzig Jahren begann und daß damit zugleich auch der Bevölkerungsaufschwung seine Höchstentwicklung nahm. Das Ruhrgebiet überragt nicht nur wegen seiner Bevölkerungsdichte und wirtschaftlichen Bedeutung alle anderen Wirtschaftsgebiete Deutschlands, sondern auch wegen seiner soziologischen Struktur. Deshalb bedarf es gerade für die Freigewerkschafter einer besonderen Aufmerksamkeit. Ist es doch heute, wenn die Ruhrarbeiterschaft um ihre Rechte kämpft, keine privatwirtschaftliche Angelegenheit mehr, sondern eine hochpolitische Sache der Allgemeinheit, wie es ja aus den vielen Zustimmungserklärungen aller Bevölkerungsschichten zu den neuesten Aktionen des Metallarbeiterverbandes sehr eindeutig hervorgeht.

Ein Kenner der soziologischen Struktur des Ruhrgebietes, Dr. H. Seelbach, der Leiter der Staatlichen Wirtschaftsschule in Düsseldorf, schreibt in einer Abhandlung über „Die Bedeutung der soziologischen Struktur des Ruhrgebietes“ für die Arbeiterbildung: „Während in anderen Großstädten weiterverarbeitende Industrien, Maschinenindustrie, elektrotechnische Industrie, Gummi- und Kautschukindustrie eine Rolle spielen, sind die Großstädte des Ruhrgebietes Sitz der Grobisenindustrie. Von den 320 000 Arbeitern in den Großbetrieben der acht Großstädte entfallen auf den Steinkohlenbergbau 103 000, auf die Grobisenindustrie 82 000, auf die Eisen- und Metallindustrie 98 000 und auf alle übrigen Industriezweige 37 000 Arbeiter. Das bedeutet . . . daß sich nur 20 vH des Bergbaues in der Großstadt befinden, während 67 vH der Schwerindustrie und 74 vH der weiterverarbeitenden Eisenindustrie in der Großstadt ihren Sitz haben. Die Schwerindustrie ist eben konzentriert, während der Bergbau in seinen Schachtenlagen dezentralisiert und auch in den Landgemeinden zu Hause ist.“

Ein Beispiel dieser Ballung bilden die Ruhrmündungsstädte Oberhausen, Sterkrade, Osterfeld, Mülheim mit den wirtschaftlich zugehörigen Landgemeinden, wo von der Gesamtproduktion des Reiches 45 vH der Roheisenerzeugung, 40 vH der Rohstahlgewinnung und 35 vH der Walzwerksproduktion liegen. In Oberhausen sind 92 vH der steuerpflichtigen Bevölkerung Lohn- und Gehaltsempfänger. Von den Industriearbeitern sind 36 vH in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigt und 35 vH im Bergbau. In Dortmund-Hörde liegen drei Grobisenwerke (Ver. Stahlwerke-Union, Hoesch und Phoenix), die gegen 17 000 Arbeiter beschäftigen.

Ueber die parteipolitische Zusammensetzung der Großstädte nenne ich die Fraktionsstärken des Stadtparlaments von Dortmund, das das Verhältnis am besten widerspiegelt:

|  |    |
|--|----|
| Sozialdemokraten . . . . .                   | 30 |
| Zentrum . . . . .                            | 16 |
| Deutsche Volkspartei . . . . .               | 11 |
| Kommunisten . . . . .                        | 10 |
| Demokraten . . . . .                         | 4  |
| Deutschnationale . . . . .                   | 4  |
| Evangelischer Volksbund und andere . . . . . | 4  |

Es ist erklärlich, daß auf Grund dieser parteipolitischen Zusammensetzung der Großstädte des Ruhrgebietes die Stadtverwaltungen nicht nur weitgehend demokratisiert sind, sondern daß in ihnen die Sozialdemokraten und dadurch die Freigewerkschafter maßgebenden Einfluß besitzen.

Besonders wichtig für die Kenntnis des Ruhrgebietes und für die dort von den freien Gewerkschaften geleisteten Aufklärung ist die konfessionelle Gliederung. Sie sei der Kürze halber nur von den sechs Großstädten Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Hamborn, Mülheim und Oberhausen angeführt. Von deren 1 995 000 Einwohnern bekennen sich (in runden Zahlen) 841 000 als evangelisch, 1 034 000 als katholisch, 17 000 als jüdisch, 24 000 als andersgläubig und 77 000 als Dissidenten und dergleichen.

Diese Zusammenstellung besagt, daß den 77 000 Dissidenten usw. 1 916 000 „Gläubige“ gegenüberstehen, von denen allein 1 875 000 „christliche“ sind. Dieses Verhältnis würde sich noch sehr zugunsten der „Christlichen“ verschieben, wenn man die „christlichen“ Landgemeinden hinzurechnete. Ich habe diese Zahlen angeführt, um in Vergleich dazu die Ergebnisse der Arbeiter- und Betriebsratswahlen zu setzen. Es erhielten bei den Wahlen im Jahre 1929:

|  | Ruhrbergbau:<br>Betriebratsmandate | Metallindustrie:<br>Arbeiterratsmandate |
|--|------------------------------------|---|
| Freie Gewerkschaften                     | 1 273                              | 1 418                                   |
| Christl. . . . .                         | 566                                | 324                                     |
| Kommunisten und Unorganisierte . . . . . | 200                                | 44                                      |
| Syndikalisten, Gelbe usw. . . . .        | 57                                 | 80                                      |
| Hirsch-Dunckersche . . . . .             | 7                                  | 52                                      |
| Polnische Berufsvereinigung . . . . .    | 8                                  | —                                       |

Diese Aufstellung zeigt deutlich, daß nicht nur der gewerkschaftliche Einfluß der christlichen Gewerkschaften in der „christlichen Hochburg des Schwarzen Westens“ unverhältnismäßig gering ist, sondern auch, daß ein ungeheuer großer Satz — mag er auch äußerlich sich noch zum Christentum oder einer der christlichen Kirchen zählen lassen — sich von der besseren Vertretung seiner Sache durch die freien Gewerkschaften überzeugt hat und demgemäß diesen seine Stimme gibt. Das gleiche zeigt sich, wenn auch nicht in so eindrucksvoller Form, bei den politischen Wahlen. Hier aber ist nicht zuletzt das für das Zentrum günstigere Verhältnis darauf zurückzuführen, daß die Frauen in weitaus größerem Maße als die Männer den politischen Einflüsterungen der Geistlichkeit zugänglich sind und deshalb mehr „bei der klerikalen Stange“ bleiben.

Zusammenfassend sei gesagt: Die freien Gewerkschaften, vor allem der Metallarbeiter-Verband, haben im Ruhrgebiet, dem wirtschaftlichen Herzen Deutschlands, ein schweres, aber auch ein dankbares Arbeitsfeld. Gerade in den kommenden Wochen gilt es, das Ruhrgebiet endgültig zu erobern. Das sollte möglich sein. Denn noch nie war der Verrat der Arbeiterschaft durch die Zentrumschristen so offenkundig als gerade jetzt nach dem berichtigten Schiedspruch des „christlichen“ Reichsarbeitsminister Stegerwald.

## Andrang von Gewerkschaftern zu den Hochschulen

Der Trud (vom 3. August) enthält folgende Bekanntmachung: „In letzter Zeit wird ein massenhafter ganz unorganisierter Zustrom von Gewerkschaftsmitgliedern nach Moskau beobachtet, die den Wunsch haben, in Hochschulen oder den technischen Lehranstalten aufgenommen zu werden. Ohne die betreffenden Dokumente („Abkommandierungen“), deren Vorlegung beim Eintritt von fast allen Hochschulen verlangt wird, geraten die nach Moskau gekommenen Gewerkschafter in eine sehr schwierige Lage. Es wird daher zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den Gewerkschaften die Dokumente über Abkommandierung v. Mitgliedern in Hochschulen und technische Lehranstalten bereits sämtlich zugestellt worden sind, so daß die Grenzen für die Aufnahme von Arbeitern in die Hochschulen und sonstigen Lehranstalten bereits erreicht sind. Zurzeit können weitere Abkommandierungen nicht stattfinden. Allen Gewerkschafts-sowjets wird daher vorgeschrieben, die Mitglieder von der gegenwärtigen Lage in Kenntnis zu setzen und sie vor einer Reise nach Moskau und anderen Großstädten zu warnen, sofern sie nicht über eine der Abkommandierungen zu den Hochschulen verfügen.“

